

Kommunalverband für
Jugend und Soziales
Baden-Württemberg
Dezernat Jugend
Lindenspürstraße 39
70176 Stuttgart
Az.: 456.200.010

Landkreistag
Baden-Württemberg
Panoramastraße 37
70174 Stuttgart
Az.: 456.0

Städtetag
Baden-Württemberg
Königstr. 2
70173 Stuttgart
Az.: 456.10, 456.20

**Empfehlungen
zur Kostenbeteiligung
in der Kinder- und Jugendhilfe
Baden-Württemberg**

Stand: 01.07.2015

Erster Abschnitt: Pauschalierte Kostenbeteiligung

§ 90 SGB VIII Pauschalierte Kostenbeteiligung	5
90 Allgemeines	5
90.1 Beitragspflichtige Angebote	5
90.2 Erlass/Übernahme bei Angeboten der Jugendarbeit u. Familienförderung	5
90.3 Erlass/Übernahme in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege	5
90.4 Feststellung der zumutbaren Belastung	6
90.4.1 Ermittlung des Einkommens	6
90.4.1.1 Zurechnung von Kindergeld und Kinderzuschlag	6
90.4.1.2 Leistungen nach dem SGB XII	7
90.4.1.3 Grundrenten nach dem BVG	7
90.4.1.4 Ausgleichsrenten nach dem BVG	7
90.4.1.5 Eigenheimzulage	7
90.4.1.6 Zinsen	7
90.4.1.7 Keine Absetzung wegen Erwerbstätigkeit	7
90.4.1.8 Leistungen nach dem BAFöG	8
90.4.1.9 Kinderbetreuungszuschlag nach § 14b BAFöG	8
90.4.1.10 Elterngeld und Betreuungsgeld	8
90.4.1.11 Bruttoentgeltumwandlung	9
90.4.2 Einkommensgrenze	9
90.4.3 Einkommenseinsatz	10
90.4.4 Einkommen über der Einkommensgrenze	10
90.4.5 Einkommen unter der Einkommensgrenze/häusliche Ersparnis	10
90.4.5.1 Kinderbetreuungskosten	10
90.4.5.2 Häusliche Ersparnis	10
90.4.5.3 Festsetzen der Kostenbeiträge	11
90.5 Ergänzende Hilfe / Erweiterte Hilfe	11
90.5.1 In Kindertageseinrichtungen	11
90.5.2 In Kindertagespflege	11

Zweiter Abschnitt: Kostenbeiträge für stationäre und teilstationäre Leistungen sowie vorläufige Maßnahmen

§ 91 SGB VIII Anwendungsbereich	13
91 Allgemeines	13
91.1 Vollstationäre Leistungen	13
91.2 Teilstationäre Leistungen	13
91.3 Kosten für Unterhalt und Krankenhilfe	13
91.4 Keine Verwaltungskosten	13
91.5 Erweiterte Hilfe	13
§ 92 SGB VIII Ausgestaltung der Heranziehung	14
92 Allgemeines	14
92.1 Kostenbeitragspflichtige	14
92.1.a Heranziehung aus Vermögen	14
92.2 Erhebung des Kostenbeitrags	14
92.2.1 Leistungsbescheid	14
92.2.2 Getrennte Heranziehung der Eltern	14
92.3 Mitteilung über die Leistungsgewährung	15

92.4	Keine Schmälerung von Unterhaltsansprüchen	15
92.4.1	Unterhaltsansprüche vorrangig oder gleichrangig Berechtigter	15
92.4.2	Absehen von der Heranziehung der Eltern	16
92.5	Absehen von der Heranziehung	16
92.5.1	Schwangerschaft/Kleinkindbetreuung	16
92.5.2	Gefährdung von Ziel und Zweck der Leistung	16
92.5.3	Besondere Härte	16
92.5.4	Unverhältnismäßiger Verwaltungsaufwand	17
92.5.5	Sonderregelung zur Inobhutnahme	17
§ 93 SGB VIII Berechnung des Einkommens		18
93	Allgemeines	18
93.1	Bestandteile des Einkommens	18
93.1.1	Anrechenbares Einkommen	18
93.1.1.1	Leistungen nach dem SGB II und SGB XII	18
93.1.1.2	Einkünfte aus Vermögen	19
93.1.1.3	Vermögenswirksame Leistungen	19
93.1.1.4	Kinderzuschlag nach § 6a BKGG	19
93.1.1.5	Eigenheimzulage	19
93.1.1.6	Erziehungsrente nach § 47 SGB VI	19
93.1.1.7	Elterngeld und Betreuungsgeld	19
93.1.1.8	Gründungszuschuss nach dem SGB III	20
93.1.1.9	Leistungen nach dem BAFöG	20
93.1.1.10	Mutterschaftsgeld	20
93.1.1.11	Einmalige Einnahmen	20
93.1.2	Anrechnungsfreies Einkommen	21
93.1.2.1	Grundrenten nach dem BVG	21
93.1.2.2	Renten und Beihilfen nach dem BEG	21
93.1.2.3	Schmerzensgeld nach § 253 Abs. 2 BGB	21
93.1.3	Zweckidentische Leistungen	21
93.1.3.1	Einsatz bei vollstationären Leistungen	21
93.1.3.2	Kein Einsatz bei teilstationären Leistungen	21
93.1.4	Zweckbestimmte Leistungen und Kindergeld	22
93.2	Absetzungen	22
93.3	Belastungen	23
93.3.1	Pauschaler Freibetrag	23
93.3.2	Nachgewiesene höhere Belastungen	23
93.4	Einkommensermittlung	25
93.4.1	Maßgebliches Einkommen und Erfassungszeitraum	25
93.4.2	Nachträgliche Neuberechnung auf Antrag	25
93.4.3	Frist zur Antragsstellung	25
93.4.4	Vorläufige Einkommensermittlung im Härtefall	25
§ 94 SGB VIII Umfang der Heranziehung		27
94	Allgemeines	27
94.1	Angemessener Kostenbeitrag	27
94.1.1	Heranziehung aus Einkommen	27
94.1.2	Obergrenze der Heranziehung	27
94.1.3	Rangfolge der Kostenbeitragspflichtigen	27
94.2	Individuelle Berücksichtigung von Einkommen und Unterhaltspflichten	28
94.2.1	Zuordnung des Einkommens	28
94.2.2	Berücksichtigung von gleichrangig Unterhaltsberechtigten	28

94.3	Kostenbeitrag in Höhe von Kindergeld	28
94.3.1	Voraussetzungen	29
94.3.2	Erstattungsanspruch auf Kindergeld	29
94.4	Berücksichtigung tatsächlicher Betreuungsleistungen	30
94.5	Kostenbeitragsverordnung	31
94.5.1	Festsetzung des Kostenbeitrags nach Tabelle	31
94.5.2	Beitragsstufen bei vollstationären Leistungen	31
94.5.3	Beitragsstufe bei teilstationären Leistungen	32
94.5.4	Berücksichtigung weiterer Unterhaltspflichten	32
94.5.4.1	Berücksichtigungsgebot	33
94.5.4.2	Schmälerungsverbot	34
94.5.4.3	Unterhaltsrechtliche Vergleichsberechnung	34
94.5.4.4	Auswirkungen der Unterhaltsrechtsreform	35
94.5.5	Behandlung hoher Einkommen	35
94.5.6	Heranziehung Eltern junger Volljähriger	35
94.5.7	Einsatz des Kindergeldes	35
94.6	Kostenbeitrag des jungen Menschen	36
94.6.1	Heranziehung aus Einkommen	36
94.6.2	Absehen von der Kostenbeteiligung	36
94.6.3	Tätigkeiten im sozialen und kulturellen Bereich	36
94.6.4	Weitere Ausnahmen von der Kostenbeteiligung	36
94.6.5	Kostenbeteiligung bei Leistungen nach § 19 SGB VIII	37
94.6.5.1	Heranziehung als Elternteil	37
94.6.5.2	Heranziehung als Leistungsberechtigte/r	37

Dritter Abschnitt: Überleitung von Ansprüchen

§ 95 SGB VIII Überleitung von Ansprüchen 38

95	Allgemeines	38
95.1	Anspruchsübergang	38
95.2	Voraussetzungen	38
95.3	Zeitlicher Rahmen	38
95.4	Keine aufschiebende Wirkung	38

Vierter Abschnitt: Ergänzende Vorschriften

§ 97 SGB VIII Feststellung der Sozialleistungen 39

97	Allgemeines	39
----	-------------	----

§ 97a SGB VIII Pflicht zur Auskunft 39

97a	Allgemeines	39
97a.1	Auskunftspflicht	39
97a.2	Auskunftspflicht von Pflegepersonen	39
97a.3	Erweiterte Auskunftspflicht	40
97a.4	Auskunftsersuchen beim Arbeitgeber	40
97a.5	Auskunftsverweigerungsrecht	40

§ 97c SGB VIII Erhebung von Gebühren und Auslagen 40

97c	Allgemeines	40
-----	-------------	----

Anlagen 1 bis 6: 41

Erster Abschnitt: Pauschalierte Kostenbeteiligung

§ 90 SGB VIII Pauschalierte Kostenbeteiligung

90 Allgemeines

Mit Inkrafttreten des Kinderförderungsgesetzes (KiföG)¹ wurde das Verfahren der pauschalierten Kostenbeteiligung für öffentlich-rechtliche Angebote nach § 90 SGB VIII neu konzipiert.

90.1 Beitragspflichtige Angebote

Die Aufzählung der in § 90 Abs. 1 SGB VIII genannten Angebote ist abschließend. Kostenbeiträge können nur von Trägern der öffentlichen Jugendhilfe festgesetzt werden; es handelt sich um öffentlich-rechtliche Forderungen. Angebote von freien Trägern der Jugendhilfe unterliegen in der Regel privat-rechtlichen Nutzungsvereinbarungen. Deshalb sind freie Träger der Jugendhilfe nicht legitimiert, öffentlich-rechtliche Kostenbeiträge festzusetzen. Die Regelungen in Abs. 1 beziehen sich daher ausschließlich auf öffentlich-rechtliche Angebote.

Soweit Landesrecht nichts anderes bestimmt, sind Kostenbeiträge für die Inanspruchnahme von Leistungen nach §§ 22 bis 24 SGB VIII zu staffeln. Dabei können die in Abs. 1 Satz 3 genannten Kriterien (insbesondere Einkommen, Anzahl der kindergeldberechtigten Kinder in der Familie und tägliche Betreuungszeit) zugrunde gelegt werden.

Das Kindertagesbetreuungsgesetz (KiTaG) enthält eine landesrechtliche Regelung zur Bemessung der Elternbeiträge in Kindertageseinrichtungen. Die Zuständigkeit der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe für die Förderung der Kindertagespflege ist in § 8b KiTaG geregelt; § 8 b Abs. 3 KiTaG bestimmt, dass die Zuweisungen nach § 29c Finanzausgleichsgesetz (FAG) bei der Bemessung der Kostenbeteiligung für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren zu berücksichtigen sind.

90.2 Erlass / Übernahme bei Angeboten der Jugendarbeit und Familienförderung

§ 90 Abs. 2 SGB VIII bildet die Rechtsgrundlage für den vollständigen oder teilweisen Erlass öffentlich-rechtlicher Kostenbeiträge bzw. für die vollständige oder teilweise Übernahme privat-rechtlicher Teilnahmebeiträge. Ein entsprechender Antrag des Leistungsberechtigten wird vorausgesetzt. Der Antrag ist an keine bestimmte Form gebunden.

Es ist eine Ermessensentscheidung zu treffen, die dokumentiert werden sollte (§ 39 SGB I). Ein erzieherischer Bedarf im Sinne des § 27 SGB VIII muss nicht vorliegen.

Sind die in Abs. 2 genannten gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt, erfolgt die Übernahme/der Erlass der Teilnahme- bzw. Kostenbeiträge frühestens ab dem Ersten des Antragsmonats bzw. ab tatsächlichem Leistungsbeginn.

90.3 Erlass / Übernahme in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege

Nach § 90 Abs. 3 SGB VIII sollen bei der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege nach §§ 22 bis 24 SGB VIII die Teilnahme- oder Kostenbeiträge ganz oder teilweise erlassen bzw. übernommen werden, wenn dem Kind und seinen/m Eltern/Elternteil die Belastung nicht zuzumuten ist. Sind die gesetzlichen Voraussetzungen zur Förderung der Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII erfüllt, erfolgt die Übernahme/der Erlass der Beiträge auf Antrag der/des Leistungsberechtigten. Die

¹ Datum des Inkrafttretens 16.12.2008

Übernahme/der Erlass der Beiträge kann auch für vor der Antragstellung liegende Zeiten verlangt werden².

90.4 Feststellung der zumutbaren Belastung

Zur Feststellung der „zumutbaren Belastung“ verweist § 90 Abs. 4 SGB VIII auf die Regelungen der §§ 82 – 85, 87, 88 und 92a SGB XII (Sozialhilfe). Da Landesrecht auch hier keine abweichenden Regelungen getroffen hat, ergeben sich folgende Konsequenzen:

- a) ausschließlicher Einsatz von Einkommen (§ 82 ff SGB XII);
- b) kein Einsatz von Vermögen nach §§ 90, 91 SGB XII.

Die Zumutbarkeitsprüfung stellt eine Berechnung nach Sozialhilferecht (SGB XII) dar. Bei der Förderung in Kindertagespflege sollte diese erst durchgeführt werden, wenn dem Kostenbeitragspflichtigen der gestaffelt festgesetzte Kostenbeitrag unzumutbar erscheint.

Beziehen die Antragsteller Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII kann i.d.R. davon ausgegangen werden, dass ihnen die Belastung (mit Ausnahme der häuslichen Ersparnis³) nicht zuzumuten ist. In diesen Fällen kann auf die Durchführung einer Zumutbarkeitsprüfung nach § 90 Abs. 4 SGB VIII verzichtet werden.

90.4.1 Ermittlung des Einkommens

Die Ermittlung des Einkommens erfolgt nach §§ 82 bis 84 SGB XII, der Verordnung zur Durchführung des § 82 SGB XII sowie nach den Sozialhilferichtlinien Baden-Württemberg (SHR). In diesem Zusammenhang wird auf Folgendes hingewiesen:

90.4.1.1 Zurechnung von Kindergeld und Kinderzuschlag

Bei der Ermittlung des Einkommens in der Sozialhilfe ist darauf zu achten, dass § 82 SGB XII – entgegen § 93 SGB VIII (Einkommensbegriff des SGB VIII) – eine spezielle Regelung zur Anrechnung von Kindergeld enthält (vgl. § 82 Abs. 1 Satz 3 SGB XII, SHR 82.48).

Das Kindergeld ist nach Sozialhilferecht Einkommen des Kindes, sofern es dieses zur Deckung seines sozialhilferechtlichen Bedarfs benötigt. Wird das Kindergeld nicht oder nur teilweise zur Deckung dieses Bedarfs benötigt, so wird es entweder ganz oder anteilig dem Einkommen des kindergeldberechtigten Elternteils hinzugerechnet.

Da die Prüfung der zumutbaren Belastung beim Kind/Jugendlichen und seinen/m mit ihm zusammenlebenden Eltern/Elternteil vorgenommen wird (§ 90 Abs. 2 Nr. 1a SGB VIII), ist bei der Ermittlung des Gesamteinkommens dieser Bedarfsgemeinschaft das auf das nach § 90 SGB VIII geförderte Kind entfallende Kindergeld immer in voller Höhe als Einkommen zu berücksichtigen.

Für in der Bedarfsgemeinschaft lebende Geschwister, die sich nicht in Tagesbetreuung nach dem SGB VIII befinden, ist jedoch eine Nebenberechnung erforderlich, um festzustellen, ob diese ihren sozialhilferechtlichen Bedarf selbst decken können, bzw. ob und in welcher Höhe deren Kindergeld zum Einkommen des Kindergeldberechtigten hinzuzurechnen ist. Eine solche Nebenberechnung ist nicht erforderlich, wenn die Geschwister mit Ausnahme des Kindergeldes über kein weiteres eigenes Einkommen (z.B. Unterhalt, Unterhaltsvorschuss) verfügen, denn dann benötigen diese ihr Kindergeld immer zur Deckung ihres eigenen sozialhilferechtlichen Bedarfs.

² OVG Bremen, 2 A 288/10 vom 23.01.2013, OVG Sachsen-Anhalt, 3 L 339/11 vom 20.02.2013, OVG Lüneburg, 4 LC 45/12 vom 06.03.2014, Gutachten des Deutschen Vereins G 12/11 vom 16.08.2012

³ Siehe Ziffer 90.4.5.2

Die vorstehend genannten Ausführungen gelten sinngemäß auch für den Kinderzuschlag nach § 6a BKGG (siehe SHR 82.51).

Für Familien mit geringem Einkommen gibt es die Möglichkeit, zusätzlich zum Kindergeld einen Kinderzuschlag zu beantragen, wenn die Eltern mit ihrem Einkommen zwar ihren eigenen Lebensunterhalt, nicht jedoch den ihrer Kinder decken können. Der Kinderzuschlag ist eine Ergänzungsleistung zum Kindergeld und soll Familien mit Kindern davor bewahren, SGB II - oder SGB XII - Leistungen beanspruchen zu müssen.

90.4.1.2 Leistungen nach dem SGB XII

Leistungen nach dem SGB XII sind gem. § 82 Abs.1 SGB XII (vgl. SHR 82.37) ausdrücklich nicht als Einkommen zu berücksichtigen.

90.4.1.3 Grundrenten nach dem Bundesversorgungsgesetz

Nach § 82 Abs.1 SGB XII (vgl. SHR 82.37) bleiben die dort genannten Grundrenten anrechnungsfrei. Bei den Grundrenten nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) und nach Nebengesetzen zum BVG (z.B. das Opferentschädigungsgesetz – OEG) wird nicht mehr zwischen Beschädigten- und Hinterbliebenengrundrente unterschieden, d.h. beide Grundrentenarten bleiben bei der Einkommensermittlung nach § 82 SGB XII anrechnungsfrei.

90.4.1.4 Ausgleichsrenten nach dem Bundesversorgungsgesetz

Ausgleichsrenten dienen dem Ausgleich einer schädigungsbedingten Minderung der Erwerbsfähigkeit. Es besteht weder eine mit der Grundrente vergleichbare gesetzliche Anrechnungsfreiheit noch eine ausdrückliche Zweckbestimmung⁴.

90.4.1.5 Eigenheimzulage

Soweit noch Eigenheimzulage nach dem Eigenheimzulagengesetz bezogen wird, bleibt diese nach § 90 SGB VIII anrechnungsfrei⁵.

90.4.1.6 Zinsen

Zinsen sind grundsätzlich Einkommen und als einmalige Einnahmen mit 1/12 Teilbetrag auf das monatliche Einkommen anzurechnen (vgl. SHR 82.43ff). Sie sind auch dann als Einkommen zu berücksichtigen, wenn sie auf die Vermögensbildung von geschütztem Einkommen zurückzuführen sind (z.B. angelegte Grundrente).

Ausnahme: Zinsen aus Schmerzensgeld⁶

90.4.1.7 Keine Absetzung wegen Erwerbstätigkeit

Da § 82 SGB XII in der Jugendhilfe nur entsprechende Anwendung findet, wird eine Absetzung wegen Erwerbstätigkeit nach § 82 Abs. 3 SGB XII nicht anerkannt. Bei der Prüfung der Zumutbarkeit nach § 90 Abs. 4 SGB VIII handelt es sich auch nicht um die Berechnung einer Hilfe zum Lebensunterhalt für Leistungsberechtigte nach § 19 SGB XII.

⁴ BVerwG 5 C 8/81 vom 19.06.1984, FEVS 34,1 und LSG L 12 SO 7/07 vom 14.11.2007, juris.

Bei den in § 90 Abs. 2 SGB VIII genannten kostenbeitragspflichtigen Personen ist die Ausgleichsrente als Einkommen nach § 82 SGB XII zu berücksichtigen.

⁵ Dies gilt nur bei der Ermittlung des Einkommens nach Ziffer 90.4.1– anders bei § 93 SGB VIII (Ziffer 93.1.1.1ff)

⁶ Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen, Urteil vom 20.04.2006, Az.: L 8 SO 50/05

90.4.1.8 Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG)

BAFöG-Leistungen dienen sowohl der Sicherung des Lebensunterhalts als auch der Deckung von Ausbildungskosten. Der für die Ausbildungskosten bestimmte Anteil wird pauschal mit 20% der bewilligten BAFöG-Leistungen bewertet und gilt als zweckbestimmte Leistung i.S. von § 83 SGB XII. Bei der Einkommensermittlung nach § 82 SGB XII bleibt dieser Ausbildungskostenanteil anrechnungsfrei, sodass nur 80% der BAFöG-Leistung als Einkommen zu berücksichtigen ist⁷.

Der Einkommensbegriff in § 82 SGB XII ist weit auszulegen. Auch zufließende Darlehensbeträge aus Sozialleistungen, die dem Lebensunterhalt dienen, stellen Einnahmen in Geldeswert dar und sind grundsätzlich zur Bestreitung des Lebensunterhalts einzusetzen⁸. Bei der Einkommensanrechnung ist es also unerheblich, ob es sich um eine darlehensweise gewährte BAFöG-Leistung handelt.

Werden Leistungen der Unterhaltsförderung bei Vollzeitmaßnahmen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) gewährt (Meister-BAFöG), findet die für das BAFöG beschriebene Verfahrensweise analog Anwendung.

90.4.1.9 Kinderbetreuungszuschlag nach § 14b BAFöG

Der Kinderbetreuungszuschlag ist eine Zusatzleistung für Auszubildende mit Kind.

Findet die Kindertagesbetreuung an Wochentagen während der regulären Betreuungszeit (allgemeine Öffnungszeiten) statt⁹, bleibt der Zuschlag bei der Ermittlung des Einkommens nach § 82 SGB XII anrechnungsfrei (keine Anrechnung bei der Gewährung von Sozialleistungen). Ausschließlich für die Kindertagesbetreuung außerhalb regulärer Öffnungszeiten (z.B. am Abend oder am Wochenende) ist eine Anrechnung als Einkommen möglich.

Da studierende oder in Ausbildung befindliche Eltern/teile flexible und wechselnde Betreuungsangebote benötigen und ihnen hierfür zusätzliche Aufwendungen entstehen, sollte dieser Zuschlag generell und ohne Differenzierung der Betreuungszeiten bei der Einkommensermittlung nach § 82 SGB XII unberücksichtigt bleiben.

90.4.1.10 Elterngeld¹⁰ und Betreuungsgeld¹¹

Grundsätzlich handelt es sich um Einkommen nach § 82 SGB XII.

In § 10 Bundeselterngeldgesetz (BEEG) ist geregelt, welche Beträge nicht als Einkommen zu berücksichtigen sind. Nach § 10 Abs. 6 BEEG¹² bleiben die sich aus § 10 Abs. 1 bis 4 BEEG ergebenden Beträge bei der Einkommensermittlung nach § 82 SGB XII anrechnungsfrei, soweit für eine Sozialleistung ein Kostenbeitrag erhoben werden kann, der einkommensabhängig ist.

Die Förderung der Kindertagesbetreuung ist eine Sozialleistung nach dem SGB VIII, für welche ein Kostenbeitrag nach § 90 Abs. 1 Nr. 3 SGB VIII erhoben werden kann.

Daher bleibt Elterngeld bis zu einer Höhe von insgesamt 300 Euro anrechnungsfrei, bei Mehrlingsgeburten vervielfachen sich die anrechnungsfreien Beträge um die Anzahl der geborenen Kinder (§ 10 Abs. 4 BEEG).

In § 10 Abs. 1 und 2 BEEG wurde das Betreuungsgeld mitaufgenommen, sodass die Schutzvorschrift des § 10 Abs. 6 BEEG ebenfalls Anwendung findet und Leistungen bis zu 300 Euro nicht als Einkommen berücksichtigt werden. Das monatliche Betreuungsgeld bleibt deshalb bei der Einkommensermittlung nach § 82 SGB XII anrechnungsfrei.

⁷ BSG Urteil v. 17.3.2009, B 14 AS 63/07; Bundesverfassungsgericht 1 BvR 2556/09 v. 07.07.2010; DIJuF Rechtsgutachten v. 13.09.2010, JAmt Heft 11/2010, S. 487; Schmidt in JurisPK-SGB XII zu § 83 SGB XII

⁸ OVG Urteil Schleswig-Holstein 3 LB 1/12 vom 27.11.2014, RdNr. 60 und 61

⁹ Siehe § 14b Abs. 2 BAFöG und Gesetzesbegründung zu KiföG Artikel 3 c

¹⁰ Siehe Bundeselterngeldgesetz (BEEG)

¹¹ Betreuungsgeldgesetz vom 01.08.2013

¹² Gesetz zur Vereinfachung des Elterngeldvollzugs vom 18.09.2012, siehe Anfügung des neuen Abs. 6 im § 10 BEEG

Bei gleichzeitigem Bezug von Elterngeld und / oder Betreuungsgeld für mehrere Kinder werden die einzelnen Leistungen addiert. Insgesamt bleiben 300 Euro anrechnungsfrei (ausgenommen bei Mehrlingsgeburten – der anrechnungsfreie Betrag wird nach § 10 Abs. 4 BEEG ermittelt - siehe Ziffer 90.4.1.10).

Bsp.: Familie mit zwei Kindern, für Kind 1 wird Elterngeld in Höhe von 1.200 Euro, für Kind 2 Betreuungsgeld in Höhe von 150 Euro bezogen. Anrechenbares Einkommen: 1.050 Euro

90.4.1.11 Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung (Bruttoentgeltumwandlung)

Ein Teil des Bruttoarbeitslohns wird aufgrund einer Vereinbarung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber in eine betriebliche Altersversorgung umgewandelt (Bruttoentgeltumwandlung). Bei derartigen Beiträgen handelt es sich um Einkommen i. S. des § 82 SGB XII, welches in angemessener Höhe anrechnungsfrei bleiben muss. Die Beurteilung der Angemessenheit richtet sich grundsätzlich nach den individuellen Lebensverhältnissen der Antragsteller, d.h. einzelfallbezogene Entscheidungen sind unumgänglich.

Als Orientierungshilfe zur Beurteilung der Angemessenheit bieten sich u.a. zwei Anhaltspunkte aus der Rechtsprechung¹³ an. Dies ist zum einen der Mindestbeitrag für die gesetzliche Rentenversicherung, zum anderen die steuerrechtliche Regelung nach § 3 Nr. 63 EStG, wonach der Höchstbetrag zum Aufbau einer betrieblichen Altersversorgung bei 4% der Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung liegt. Am Beispiel des Jahres 2015 ergibt sich daraus eine Angemessenheitsspanne zwischen monatlich 84,15 Euro (18,7% aus 450 Euro) und monatlich 242 Euro (4% aus 6.050 Euro).

Die Direktversicherung ist ein Modell der betrieblichen Altersversorgung. Ein Teil des Bruttogehalts wird in Beiträge für eine Kapitallebens- oder Rentenversicherung umgewandelt. Kapitalbildende Versicherungen werden nicht anerkannt. Zur Beurteilung der Angemessenheit einer zusätzlichen Rentenversicherung kann die die vorgenannte Angemessenheitsspanne ebenfalls zugrunde gelegt werden.

90.4.2 Einkommensgrenze

Es gilt eine einheitliche Einkommensgrenze nach § 85 SGB XII¹⁴.

Die Regelungen des § 85 Abs. 1 SGB XII finden eher selten Anwendung, z.B. wenn junge Volljährige Angebote der Jugendarbeit in Anspruch nehmen (§ 90 Abs. 1 Nr.1 i. V. mit § 11 SGB VIII).

Bei der Prüfung der Zumutbarkeit der Beiträge für eine Tagesbetreuung nach §§ 22-24 SGB VIII wird die Einkommensgrenze nach § 85 Abs. 2 SGB XII ermittelt. Außer den Eltern bzw. dem Elternteil hat nur das Kind oder der Jugendliche sein Einkommen einzusetzen, welches/r sich in Tagesbetreuung befindet. So hat das Einkommen von Geschwistern, für die keine der in § 90 SGB VIII genannten Leistungen in Anspruch genommen werden, bei der Ermittlung des Gesamteinkommens außer Betracht zu bleiben. Vor diesem Hintergrund ist die vorherige exakte Zurechnung des Kindergeldes bzw. des Kinderzuschlages nach § 82 SGB XII zum jeweiligen Haushaltsmitglied unabdingbar.

Während die Geschwister einerseits ihr Einkommen nicht einzusetzen haben, dürfen sie andererseits aber bei der Prüfung der Familienzuschläge nicht ignoriert werden. Gelten diese Geschwister als „überwiegend unterhalten“ im Sinne von SHR 85.10 (hier ist ihr Einkommen relevant!), ist für sie ein entsprechender Familienzuschlag zu gewähren.

¹³ BSG B 4 AS 7/10 vom 09.11.2010

¹⁴ Zu den Kosten der Unterkunft und der Berücksichtigung angemessener Heizkosten siehe BSG B 8 SO 8/12 R vom 25.04.2013, SHR 85.05

Bei überwiegend unterhaltenen Personen muss es sich nicht zwingend um nach dem Zivilrecht unterhaltsberechtignte Angehörige handeln. Auch Leistungen an Stiefkinder oder Lebenspartner können die Berücksichtigung eines Familienzuschlages rechtfertigen¹⁵.

90.4.3 Einkommenseinsatz

Die Prüfung, ob die beitragspflichtigen Personen sich an den Kosten für die Inanspruchnahme von Angeboten nach § 90 SGB VIII zu beteiligen haben, erfolgt durch die Gegenüberstellung des nach §§ 82 ff SGB XII festgestellten Einkommens mit der nach § 85 Abs. 1 oder Abs. 2 SGB XII ermittelten Einkommensgrenze.

Ein Einkommenseinsatz kommt dabei sowohl über als auch unter der Einkommensgrenze in Betracht (§§ 87, 88 und 92a SGB XII).

90.4.4 Einkommen über der Einkommensgrenze

Übersteigt das Einkommen die Einkommensgrenze, so ist die Aufbringung der Mittel in angemessenem Umfang zuzumuten (Eigenanteil). Die in § 87 Abs. 1 SGB XII genannten Kriterien zur Feststellung der Angemessenheit stellen keinen abschließenden Beurteilungsmaßstab dar. Die Berücksichtigung besonderer Belastungen erfolgt nach SHR 87.06 ff.

Verbleibt nach Abzug der besonderen Belastungen noch Einkommen über der Einkommensgrenze, richtet sich die Angemessenheit der Höhe des zumutbaren Eigenanteils nach den individuellen Familienverhältnissen der Bedarfsgemeinschaft (SHR 87.16ff).

SHR 87.16 ist so umzusetzen, dass für jede nach dieser Regelung berücksichtigungsfähige Person 10% des noch verbleibenden Einkommens frei gelassen wird.

90.4.5 Einkommen unter der Einkommensgrenze / häusliche Ersparnis

§ 90 Abs. 4 SGB VIII sieht in Verbindung mit § 88 SGB XII die Möglichkeit des Einsatzes von Einkommen unter der Einkommensgrenze vor.

90.4.5.1 Kinderbetreuungskosten

Sowohl bei freiwilligen Zuwendungen von privater Seite (z.B. freiwillige Leistungen eines Arbeitgebers zur Kinderbetreuung) als auch bei Leistungen, die aufgrund öffentlich-rechtlicher Vorschriften (z.B. Kinderbetreuungskosten nach § 83 SGB III) gewährt werden, handelt es sich um zweckbestimmte Leistungen nach § 83 SGB XII.

§ 88 SGB XII ist weitergehend als § 83 SGB XII. Das bedeutet, dass der Einsatz derartiger Leistungen als Einkommen unter der Einkommensgrenze gefordert werden kann.

90.4.5.2 Häusliche Ersparnis

Eine weitere Möglichkeit des Einsatzes von Einkommen unter der Einkommensgrenze ist die Forderung der häuslichen Ersparnis nach § 92a SGB XII¹⁶. Der im maßgebenden Regelsatz enthaltene Anteil für Ernährung beträgt 37% v.H. (SHR 92a.04).

Eltern können Aufwendungen für den häuslichen Lebensunterhalt ihrer Kinder ersparen („häusliche Ersparnis“). Dies ist vor allem bei der Förderung von Kindern in Ganztageseinrichtungen oder in Kindertagespflege einer höheren Betreuungsstufe der Fall (wenn im Teilnahmebeitrag Verpflegungskosten enthalten sind oder das Kind bei der

¹⁵ Nomos Lehr- und Praxiskommentar (LPK) zum SGB XII, Rdnr. 15 zu § 85 SGB XII

¹⁶ Nachdem § 90 Abs. 4 SGB VIII direkt auf § 92a SGB XII verweist, ist diese Rechtsnorm über ihren Wortlaut hinaus auch auf Angebote der Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII anzuwenden.

Tagespflegeperson gepflegt wird). Zum Ernährungsanteil in den Regelbedarfsstufen 1, 4 und 6 wird auf das Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz verwiesen (SHR 82.16 und 28.03). Sind in den monatlichen Aufwendungen keine Verpflegungskosten enthalten, z.B. weil die Verpflegungskosten von der Einrichtung mit den Eltern direkt abgerechnet werden, kann das Jugendamt von den Eltern keine häusliche Ersparnis mehr fordern.

Berechnungsbeispiel (Regelsätze in der Sozialhilfe, Stand 01.01.2015):

Ein Kind besucht einen Ganztageskindergarten oder befindet sich in Tagespflege und erhält dort auch das Mittagessen. Bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres gilt für ein Kind der Regelsatz aus der Regelbedarfsstufe 6 in Höhe von derzeit 234 Euro. Der darin enthaltene Ernährungsanteil in Höhe von 37% beträgt 86,58 Euro, davon entfallen 2/5 d.h. mtl. 34,63 Euro auf das Mittagessen. Ausgehend von einer durchschnittlichen Betreuung von 20 Tagen im Monat beträgt die häusliche Ersparnis für das Mittagessen 23,08 Euro (34,63 Euro: 30 x 20), abgerundet 23,00 Euro im Monat.

Kinder aus Familien, die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket¹⁷ in Anspruch nehmen, haben bei Teilnahme an einer gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung einen vorrangigen Anspruch auf einen Zuschuss (§ 10 Abs. 3 Satz 2 SGB VIII i.V. mit § 28 Abs. 6 SGB II). Der Eigenanteil für die ersparten häuslichen Verbrauchsausgaben beträgt in diesen Fällen ein Euro pro Mittagessen.

Bei beiden Rechtsgrundlagen (§ 88 und § 92a SGB XII) handelt sich um eine Ermessensentscheidung, die im Bescheid als solche zum Ausdruck gebracht werden sollte.

90.4.5.3 Festsetzen der Kostenbeiträge

Die errechneten Kostenbeiträge sind auf volle Euro abzurunden. Kostenbeiträge unter 10 Euro werden nicht erhoben.

90.5 Ergänzende / Erweiterte Hilfe

90.5.1 In Kindertageseinrichtungen

Angebote der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen werden i.d.R. von freien Trägern der Jugendhilfe erbracht und unterliegen privat-rechtlichen Nutzungsvereinbarungen. In Kindertageseinrichtungen werden Teilnahmebeiträge und keine öffentlich-rechtlichen Kostenbeiträge erhoben.

§ 90 Abs. 3 SGB VIII bestimmt, dass der Träger der öffentlichen Jugendhilfe nur in dem Umfang in die Hilfegewährung eintritt, als den beitragspflichtigen Personen die Belastung nicht zuzumuten ist. Um die Zumutbarkeitsprüfung vornehmen zu können, sind die Einkommensverhältnisse nach Antragstellung zu prüfen. Je nach Ergebnis der Zumutbarkeitsprüfung wird der Teilnahmebeitrag entweder ganz oder teilweise (ergänzende Hilfe) vom Jugendhilfeträger übernommen. Die ermittelten Eigenanteile sind von den Eltern direkt an die Tageseinrichtung zu entrichten.

90.5.2 In Kindertagespflege

Für Leistungen der Förderung von Kindern in Kindertagespflege besteht seit Inkrafttreten des Kinderförderungsgesetzes die Vorleistungspflicht des öffentlichen Jugendhilfeträgers (erweiterte Hilfe). Die Tagespflegeperson hat nach § 23 Abs. 1 SGB VIII Anspruch auf Gewährung einer laufenden Geldleistung.

¹⁷ Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch, Verkündung im Bundesgesetzblatt vom 29.03.2011, S. 453ff.

Kostenbeiträge, die für die Inanspruchnahme der Förderung von Kindertagespflege erhoben werden, sind zu staffeln. Die örtlichen Jugendhilfeträger entscheiden im Rahmen ihrer kommunalen Gestaltungsfreiheit über Art und Höhe der gestaffelten Kostenbeiträge. Die Regelung des § 90 Abs. 3 SGB VIII bleibt hiervon unberührt. Die Zumutbarkeitsprüfung nach § 90 Abs. 4 SGB VIII wird jedoch durchgeführt, wenn der Kostenbeitragspflichtige unter Darlegung seiner Einkommensverhältnisse geltend macht, dass er den gestaffelt festgesetzten Kostenbeitrag nicht zahlen kann.

Zweiter Abschnitt: Kostenbeiträge für stationäre und teilstationäre Leistungen sowie vorläufige Maßnahmen

§ 91 SGB VIII Anwendungsbereich

91 Allgemeines

Die Vorschriften zur Kostenbeteiligung nach §§ 91ff SGB VIII wurden mit dem Gesetz zur Verwaltungsvereinfachung in der Kinder- und Jugendhilfe (KJVVG)¹⁸ und der ersten Änderungsverordnung zur Kostenbeitragsverordnung¹⁹ aktualisiert.

§ 91 SGB VIII benennt u. a. den Kreis der kostenbeitragspflichtigen Leistungen und vorläufigen Maßnahmen. Eine Kostenbeitragspflicht besteht auch für voll- und teilstationäre Leistungen, die auf der Grundlage von § 27 SGB VIII („andere Hilfen zur Erziehung“ siehe § 91 Abs. 1 Nr. 5d und Abs. 2 Nr. 2 SGB VIII) gewährt werden.

91.1 Vollstationäre Leistungen

§ 91 Abs.1 SGB VIII enthält den Katalog der vollstationären Leistungen (einschließlich der Inobhutnahme als vorläufige Maßnahme zum Schutz von Kindern und Jugendlichen²⁰) für die Kostenbeiträge erhoben werden.

91.2 Teilstationäre Leistungen

Die kostenbeitragspflichtigen teilstationären Leistungen sind in § 91 Abs. 2 Nr.1 – 4 SGB VIII aufgeführt.

91.3 Kosten für Unterhalt und Krankenhilfe

Unverändert gilt, dass sich die Kostenbeteiligung neben den Aufwendungen für pädagogische und therapeutische Leistungen auch auf die Kosten für den notwendigen Unterhalt und die Krankenhilfe nach § 40 SGB VIII der untergebrachten Personen erstreckt.

91.4 Keine Verwaltungskosten

Verwaltungskosten (Personal- und Sachkosten) bleiben außer Betracht.

91.5 Erweiterte Hilfe

Der Grundsatz der Vorleistungspflicht („erweiterte Hilfe“) besagt, dass der öffentliche Jugendhilfeträger die anfallenden Kosten zunächst in vollem Umfang übernimmt, und zwar unabhängig der tatsächlichen Einkommens- und Vermögensverhältnisse der kostenbeitragspflichtigen Personen. Der Nachrang der Jugendhilfe (§ 10 Abs. 2 SGB VIII) wird durch die anschließende Heranziehung zum Kostenbeitrag wieder hergestellt.

¹⁸ Das KJVVG ist am 03.12.2013 in Kraft getreten

¹⁹ Die erste Verordnung zur Änderung der Kostenbeitragsverordnung ist am 04.12.2013 in Kraft getreten

²⁰ Andere Aufgabe der Jugendhilfe nach dem Dritten Kapitel des SGB VIII

§ 92 SGB VIII Ausgestaltung der Heranziehung

92 Allgemeines

§ 92 SGB VIII regelt die Ausgestaltung der Heranziehung zum Kostenbeitrag aus Einkommen und Vermögen.

92.1 Kostenbeitragspflichtige

§ 92 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 SGB VIII enthält die abschließende Aufzählung, welche kostenbeitragspflichtigen Personen zu den Kosten welcher Leistungen und vorläufiger Maßnahmen aus Einkommen heranzuziehen sind.

Bei teilstationären Hilfen wird nur der Elternteil zum Kostenbeitrag herangezogen, der mit dem jungen Menschen zusammen lebt (§ 92 Abs.1 Nr.5, 2. Halbsatz SGB VIII).

Kinder und Jugendliche sowie junge Volljährige haben sich nicht an den Kosten teilstationärer Leistungen zu beteiligen (§ 91 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 SGB VIII bzw. § 91 Abs. 2 Nr. 4).

92.1.a Heranziehung aus Vermögen

Junge Volljährige und volljährige Leistungsberechtigte nach § 19 SGB VIII sind zusätzlich aus ihrem Vermögen heranzuziehen (§§ 90, 91 SGB XII i.V. mit der Verordnung (VO) zur Durchführung des § 90 Abs. 2 Nr. 9 SGB XII).

§ 90 Abs. 2 und 3 SGB XII regeln abschließend, unter welchen Voraussetzungen eine Heranziehung aus Vermögen nicht möglich ist. Damit gilt auch für die Jugendhilfe die Vermögensschongrenze nach § 1 Abs. 1 b) der o.g. Verordnung unter Beachtung der jeweils gültigen Beträge (2.600 Euro zuzüglich 256 Euro für jede Person, die vom betreuten jungen Menschen überwiegend unterhalten wird).

Ausnahme: Vermögen aus angesparter OEG-Grundrente ist freizulassen²¹.

92.2 Erhebung des Kostenbeitrags

92.2.1 Leistungsbescheid

Die Heranziehung zu den Kosten erfolgt durch Leistungsbescheid (§ 92 Abs. 2 SGB VIII). Als Verwaltungsakt unterliegt er der Kontrolle durch die Verwaltungsgerichte. Um einer solchen verwaltungsgerichtlichen Kontrolle Stand zu halten, muss der Bescheid den Anforderungen der §§ 31 ff SGB X (u.a. Bestimmtheit, Begründung, etc.) genügen. Der Kostenbeitragsbescheid ist nicht sofort vollstreckbar. Widerspruch und Klage haben gemäß § 80 Abs. 1 VwGO aufschiebende Wirkung²². Trotz aufschiebender Wirkung ist beim Kostenbeitragsbescheid in Höhe von Kindergeld eine Erstattung nach § 74 Abs. 3 EStG möglich²³.

92.2.2 Getrennte Heranziehung der Eltern

Jeder Kostenbeitragspflichtige ist getrennt heranzuziehen, dies gilt auch dann, wenn die Eltern zusammen leben. Folglich erhält jeder Elternteil einen gesonderten Kostenbeitragsbescheid (keine gesamtschuldnerische Haftung).

²¹ BVerwG 5 C 7.09, Urteil vom 27.05.2010

²² Siehe Begründung zu den Änderungen der Ersten Verordnung zur Änderung der Kostenbeitragsverordnung, Drucksache 119/13 vom 07.02.2013 zu Artikel 1Nr. 6 zur Änderung des § 7 der Kostenbeitragsverordnung

²³ Siehe Lehr- und Praxiskommentar Kunkel zum SGB VIII, 5. Auflage 2014, zu § 94 SGB VIII, Rd.Nr. 10

92.3 Mitteilung über die Leistungsgewährung

Eltern und Ehegatten bzw. Lebenspartnern des jungen Menschen ist die Gewährung der Leistung vor der Erhebung eines Kostenbeitrages mitzuteilen. Dabei sind sie über die Folgen für die bestehende Unterhaltspflicht gegenüber dem jungen Menschen aufzuklären. Die Aufklärungspflicht besteht grundsätzlich sowohl gegenüber dem bar- als auch dem naturalunterhaltspflichtigen Elternteil²⁴. Der Unterhaltsbedarf des jungen Menschen wird für die Dauer seiner vollstationären Unterbringung durch die Jugendhilfeleistungen gedeckt. Währenddessen „ruht“ sein Unterhaltsanspruch gegen den Unterhaltspflichtigen bzw. reduziert sich auf Null Euro. Der Unterhaltspflichtige ist nur noch zur Leistung eines öffentlich-rechtlichen Kostenbeitrags verpflichtet, so dass der Nachrang der Jugendhilfe nach § 10 Abs. 2 SGB VIII wieder hergestellt wird.

Ist der Unterhaltsanspruch des untergebrachten jungen Menschen tituliert und käme es zu einem Vollstreckungsverfahren gegen den nunmehr Kostenbeitragspflichtigen, kann dieser Klage auf Abänderung des Titels oder eine Vollstreckungsgegenklage erheben.

Bestehen keine tatsächlichen oder rechtlichen Hinderungsgründe für den öffentlichen Jugendhilfeträger²⁵, ist die Festsetzung eines Kostenbeitrags gegenüber einem bisher Barunterhaltspflichtigen für vergangene Zeiträume ohne vorherige Mitteilung nicht zulässig. Die Mitteilung und Aufklärung sollte daher unverzüglich erfolgen und entsprechend dokumentiert werden.

Die Mitteilung über die Kostenbeitragspflicht soll den Kostenbeitragspflichtigen vor Doppelbelastungen (gleichzeitige Zahlung von Unterhalt und Kostenbeitrag) schützen. Sie ist eine reine Information, d.h. kein Verwaltungsakt. Die Mitteilung kann formlos, also auch mündlich erfolgen. Eine förmliche Zustellung ist ratsam. Der Begriff der „Rechtswahrungsanzeige“ sollte dabei wegen seiner zivilrechtlichen Bedeutung nicht verwendet werden.

Werden die Unterhaltszahlungen trotz vorheriger Mitteilung und Aufklärung sowie zwischenzeitlich erfolgter vollstationärer Unterbringung des jungen Menschen fortgesetzt, handelt es sich um zweckidentische Leistungen²⁶ des jungen Menschen.

92.4 Keine Schmälerung von Unterhaltsansprüchen

92.4.1 Unterhaltsansprüche vorrangig oder gleichrangig Berechtigter²⁷

Diese dürfen durch die Festsetzung eines Kostenbeitrages nach dem SGB VIII nicht geschmälert werden. Ein Anspruch auf Unterhalt besteht nur dann, wenn der vorrangig oder gleichrangig Berechtigte tatsächlich außerstande ist, sich selbst zu unterhalten²⁸.

Eine Schmälerung der vorgenannten Unterhaltsansprüche ist nach Auffassung des Gesetzgebers bei korrekter Umsetzung der Vorschriften zur Kostenbeteiligung aufgrund der Kostenbeitragsverordnung mit Kostenbeitragstabelle in der Regel ausgeschlossen²⁹.

Macht der Kostenbeitragspflichtige dennoch eine Schmälerung geltend (z.B. im Anhörungs- oder Widerspruchsverfahren), bietet sich eine unterhaltsrechtliche Vergleichsberechnung an, um die Angemessenheit des festgesetzten Kostenbeitrages zu überprüfen³⁰.

²⁴ BVerwG Urteil 5 C 22.11 vom 11.10.2012

²⁵ Z.B. bei unbekanntem Aufenthalt des Kostenbeitragspflichtigen oder nicht festgestellter Vaterschaft.

²⁶ Siehe Ziffer 93.1.3ff

²⁷ Zu den bürgerlich-rechtlichen Rangverhältnissen siehe Tabelle unter Ziffer 94.5.4.

²⁸ Siehe Ziffer 94.5.4.1ff

²⁹ Siehe Gesetz zur Verwaltungsvereinfachung in der Kinder- und Jugendhilfe (KJVVG) vom 03.12.2013 und der ersten Änderungsverordnung zur Kostenbeitragsverordnung vom 04.12.2013

³⁰ Siehe Ziffer 94.5.4.3

92.4.2 Absehen von der Heranziehung der Eltern (siehe Ziffer 92.5.1)

Die unterschiedlichen Voraussetzungen für das Absehen von der Heranziehung sind in den Absätzen 4 und 5 geregelt und werden in Ziffer 92.5 zusammengefasst erläutert.

92.5 Absehen von der Heranziehung

§ 92 SGB VIII beschreibt die Ausgestaltung der Heranziehung aus Einkommen und Vermögen. Je nach Fallkonstellation und unter Berücksichtigung der Besonderheit des Einzelfalls besteht die Verpflichtung oder die Möglichkeit, von der Heranziehung zu einem Kostenbeitrag aus Einkommen und Vermögen ganz oder teilweise abzusehen.

Nach dieser Gesetzessystematik gilt das Absehen von der Heranziehung nach § 92 Abs. 5 SGB VIII nicht für den Kostenbeitrag in Höhe des Kindergeldes (§ 94 Abs. 3 SGB VIII) und nicht für den Einsatz zweckidentischer Leistungen (§ 93 Abs.1 S. 3 SGB VIII).

92.5.1 Schwangerschaft / Kleinkindbetreuung

Von der Heranziehung der Eltern/-teile ist abzusehen, wenn das Kind, die Jugendliche oder die junge Volljährige / die Leistungsberechtigte nach § 19 SGB VIII schwanger ist oder der junge Mensch / die leistungsberechtigte Mutter oder Vater³¹ nach § 19 SGB VIII ein leibliches Kind bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres betreut (§ 92 Abs. 4 Satz 2 SGB VIII).

92.5.2 Gefährdung von Ziel und Zweck der Leistung

Ob das Ziel und der Zweck einer Jugendhilfeleistung durch die Heranziehung gefährdet wird, bedarf einer eingehenden Prüfung des Sozialen Dienstes im Einzelfall. In solchen Fällen ist eine konstruktive Zusammenarbeit aller am Hilfeprozess Beteiligten zum Wohle des jungen Menschen gefragt.

Handelt es sich bei den Kostenbeitragspflichtigen um Eltern/-teile, könnten diese durch besonders ausführliche Beratung und Aufklärung oder sonstige Maßnahmen ihr bisheriges Verhalten (z.B. Verweigerung der Zustimmung zur Gewährung von Hilfe zur Erziehung oder die Herausnahme des Kindes aus einer Pflegestelle oder Einrichtung) überdenken und ggfs. ändern.

92.5.3 Besondere Härte

Eine "besondere Härte" liegt vor, wenn der errechnete Kostenbeitrag (objektiv) unzumutbar erscheint. Die Heranziehung stellt dann eine besondere Härte dar, wenn sie zu einem Ergebnis führt, das den Leitvorstellungen der §§ 91ff SGB VIII nicht entspricht. Mit dieser Regelung soll atypischen Fallkonstellationen Rechnung getragen werden, die von der dort normierten Berechnungsweise nicht erfasst werden.

Bei der Prüfung, ob sich aus der Heranziehung eine "besondere Härte" ergeben könnte, ist zwischen den Interessen des Kostenbeitragspflichtigen einerseits und denen des öffentlichen Trägers der Jugendhilfe andererseits, hinsichtlich seiner Sorgfaltspflicht im Umgang mit öffentlichen Mitteln abzuwägen.

Die Unterhaltsansprüche nachrangig Berechtigter können im Einzelfall im Rahmen einer Härtefallprüfung in angemessenem Umfang berücksichtigt werden, z.B. wenn Elternteile in einem gemeinsamen Haushalt zusammenleben, der allein- oder hauptverdienende Elternteil den nachrangig unterhaltsberechtigten Ehegatten unterhält, weil oder soweit sich dieser

³¹ Siehe Artikel 1 Nr. 8 KJVVG; Erweiterung der Befreiung von der Kostenbeitragspflicht auf Elternteile von nach § 19 SGB VIII leistungsberechtigten jungen Vätern

nachweislich nicht selbst unterhalten kann. Im Leistungsbescheid ist zum Ausdruck zu bringen, dass eine "Härtefallprüfung" stattgefunden hat.

92.5.4 Unverhältnismäßiger Verwaltungsaufwand

Der mit der Heranziehung verbundene Verwaltungsaufwand steht jedenfalls dann in keinem angemessenen Verhältnis zu dem zu leistenden Kostenbeitrag, wenn dieser einen Betrag von 10,00 Euro monatlich nicht übersteigt.

92.5.5 Sonderregelung zur Inobhutnahme

Bei der Inobhutnahme eines Kindes oder Jugendlichen nach § 42 SGB VIII, die nicht länger als 7 Tage andauert, ist von der Erhebung eines Kostenbeitrages abzusehen. Die Inobhutnahme nach § 42 SGB VIII stellt eine zeitlich befristete Krisenintervention dar und dient dazu, Kindern oder Jugendlichen in akuten Notlagen intensive sozialpädagogische Hilfestellungen zu geben, Ursachen der Probleme zu klären und Lösungsansätze zu entwickeln. Im Hinblick auf die oftmals vorliegenden innerfamiliären Spannungen und um die Ziele der Inobhutnahme nicht zusätzlich zu gefährden, sollte deshalb aus pädagogischen Gründen von der Heranziehung der Eltern zu den Kosten innerhalb des o.g. Zeitraumes abgesehen werden. Wird dieser Zeitraum überschritten, wird der Kostenbeitrag vom ersten Tag an und nicht ab dem Ersten des auf den Beginn der Inobhutnahme folgenden Monats festgesetzt.

§ 93 SGB VIII Berechnung des Einkommens

93 Allgemeines

Mit dem Gesetz zur Verwaltungsvereinfachung in der Kinder- und Jugendhilfe (KJVVG)³² hat der Gesetzgeber den Einkommensbegriff für die Heranziehung zu den Kosten nach § 91 ff SGB VIII abschließend definiert.

93.1 Bestandteile des Einkommens

93.1.1 Anrechenbares Einkommen

Grundsätzlich zählen alle Einkünfte in Geld oder Geldeswert zum Einkommen, sofern sie nicht in § 93 Abs. 1 SGB VIII ausdrücklich ausgenommen worden sind.

Bei der Ermittlung des Einkommens ist die Abgrenzung von Einkommen und Vermögen von wesentlicher Bedeutung, insbesondere die Klärung, ob Geld oder Geldeswerte dem Einkommen oder Vermögen zuzurechnen ist. Hierfür bietet sich die Anwendung der vom BVerwG u.a. für die Sozialhilfe entwickelten Zuflusstheorie an (vgl. SHR 82.01ff). Entscheidende Kriterien sind der Zeitpunkt des Zuflusses und der Bedarfszeitraum. Bei der Heranziehung aus Einkommen gilt zu beachten: Die Umwandlung eines vor dem Bedarfszeitraum angefallenen Erbes in Form von Sachvermögen (z.B. ein Haus) in Geldvermögen während des Bedarfszeitraums erlaubt nicht dessen Behandlung als Einkommen im Sinne des § 93 Abs. 1 SGB VIII³³.

93.1.1.1 Leistungen nach dem SGB II und SGB XII

In der Regel erübrigt sich eine Kostenbeitragsberechnung aus Einkommen, wenn die Kostenbeitragspflichtigen in dem nach § 93 Abs. 4 SGB VIII zu berücksichtigenden Kalenderjahr ganzjährig laufende Leistungen zur Existenzsicherung beziehen und über keine weiteren nach § 93 Abs. 1 SGB VIII anrechenbaren Einkünfte verfügen.

Abwandlung 1:

Maßgebliches Einkommen nach § 93 Abs. 4 SGB VIII, wenn der Kostenbeitragspflichtige innerhalb eines Kalenderjahres sowohl Leistungen zur Existenzsicherung als auch anderes (Erwerbs)Einkommen bezogen hat:

1/12 der Summe aus Leistungen zur Sicherung des individuellen monatlichen Lebensbedarfs (Regelsatz plus Kosten der Unterkunft plus evtl. Mehrbedarfe) und aus anderem monatlich erzielten Einkommen³⁴.

Abwandlung 2:

Maßgebliches Einkommen nach § 93 Abs. 4 SGB VIII, wenn der Kostenbeitragspflichtige innerhalb eines Kalenderjahres über Einkommen verfügte, einer Bedarfsgemeinschaft nach dem SGB II / XII angehörte und ergänzende Leistungen zur Existenzsicherung bezogen hat: Mindestens der individuelle monatliche Lebensbedarf (Regelsatz plus anteilige Kosten der Unterkunft plus evtl. Mehrbedarfe) wird als Einkommen angerechnet. Übersteigt das Einkommen des Kostenbeitragspflichtigen seinen individuellen monatlichen Lebensbedarf, wird sein Einkommen unabhängig der nach dem SGB II / XII geregelten Verteilung auf die Bedarfsgemeinschaft in voller Höhe als Einkommen nach § 93 Abs. 1 S. 1 SGB VIII berücksichtigt. Sofern berücksichtigungsfähige Unterhaltsberechtigten in der Bedarfsgemeinschaft leben, reduziert sich ein evtl. zu leistender Kostenbeitrag über das Berücksichtigungsgebot. Dauert der Bezug von Leistungen nach dem SGB II über ein Kalenderjahr an, kann das Jobcenter den Kostenbeitrag lt. einer Dienstanweisung der Bundesagentur für Arbeit in analoger Anwendung des § 11b Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 als nicht bereite Mittel vom Einkommen des Hilfebedürftigen abziehen.

³² KJVVG in Kraft getreten am 03.12.2013

³³ VG Aachen 2 K 80/11 vom 27.09.2013

³⁴ DIJUF Gutachten JuAmt 09/2013 S. 456

Unabhängig der jeweiligen Fallkonstellationen ist die Heranziehung zu einem Kostenbeitrag aus Kindergeld zu prüfen³⁵.

93.1.1.2 Einkünfte aus Vermögen (z.B. Zinsen aus Geldanlagen)

Die in dem für die Kostenbeitragsberechnung maßgeblichen Kalenderjahr einmalig erzielten Einnahmen werden dem Gesamteinkommen dieses Kalenderjahres hinzugerechnet und die Gesamtsumme anschließend durch 12 Monate geteilt.

93.1.1.3 Vermögenswirksame Leistungen

Arbeitsrechtlich sind vermögenswirksame Leistungen Bestandteil des Lohn- oder Gehalts. Sie gehören zu den steuerpflichtigen Einnahmen aus nichtselbstständiger Arbeit und sind Einkommen, Verdienst oder Arbeitsentgelt im Sinne der Sozialversicherung und des SGB III. Als freiwillige Sozialleistungen des Arbeitgebers stellen sie eine Sonderform der Arbeitsvergütung dar³⁶.

93.1.1.4 Kinderzuschlag nach § 6a Bundeskindergeldgesetz (BKGG)

Kinderzuschlag ist Einkommen nach § 93 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII. Eine Anrechnung kommt nur bei teilstationären Leistungen in Betracht und bezieht sich nur auf den Kinderzuschlag für das teilstationär betreute Kind; evtl. Kinderzuschläge für Geschwisterkinder bleiben unberücksichtigt.

93.1.1.5 Eigenheimzulage

Soweit noch Eigenheimzulage nach dem Eigenheimzulagengesetz bezogen wird, wird sie – im Gegensatz zur Regelung in § 90 Abs. 4 S. 2 SGB VIII – als Einkommen berücksichtigt.

93.1.1.6 Erziehungsrente nach § 47 SGB VI

Es handelt sich um eine besondere Rentenart für Alleinerziehende, deren Ex-Ehegatte nach der Scheidung verstorben ist, sodass die Unterhaltszahlungen für die minderjährigen Kinder ausbleiben.

93.1.1.7 Elterngeld³⁷ und Betreuungsgeld³⁸

Grundsätzlich handelt es sich um Einkommen nach § 93 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII. Im BEEG ist geregelt, welche Beträge nicht als Einkommen zu berücksichtigen sind.

Nach § 10 Abs. 6 BEEG³⁹ bleiben die sich aus § 10 Abs. 1 bis 4 BEEG ergebenden Beträge bei der Einkommensermittlung nach § 93 SGB VIII anrechnungsfrei, soweit für eine Sozialleistung ein Kostenbeitrag erhoben werden kann, der einkommensabhängig ist.

Daher bleibt Elterngeld bis zu einer Höhe von insgesamt 300 Euro anrechnungsfrei, bei Mehrlingsgeburten vervielfachen sich die anrechnungsfreien Beträge um die Anzahl der geborenen Kinder (§ 10 Abs. 4 BEEG).

In § 10 Abs. 1 und 2 BEEG wurde das Betreuungsgeld mitaufgenommen, sodass die Schutzvorschrift des § 10 Abs. 6 BEEG ebenfalls Anwendung findet und Leistungen bis zu

³⁵ Siehe Ziffer 94.3ff und Ziffer 94.5.7

³⁶ Anders bei der pauschalierten Kostenbeteiligung nach § 90 SGB VIII und Ermittlung des Einkommens nach § 82ff SGB XII (siehe Ziffer 90.4.1 und SHR 82.12).

³⁷ Siehe Bundeselterngeldgesetz (BEEG)

³⁸ Betreuungsgeldgesetz vom 01.08.2013

³⁹ Gesetz zur Vereinfachung des Elterngeldvollzugs vom 18.09.2012, siehe Anfügung des neuen Abs. 6 im § 10 BEEG

300 Euro nicht als Einkommen berücksichtigt werden. Das monatliche Betreuungsgeld bleibt grundsätzlich bei der Einkommensermittlung nach § 93 SGB VIII anrechnungsfrei.

Bei gleichzeitigem Bezug von Elterngeld und / oder Betreuungsgeld für mehrere Kinder werden die einzelnen Leistungen addiert. Insgesamt bleiben 300 Euro anrechnungsfrei (ausgenommen bei Mehrlingsgeburten – der anrechnungsfreie Betrag wird in einem solchen Fall nach § 10 Abs. 4 BEEG ermittelt).

Bsp.: Familie mit zwei Kindern, für Kind 1 wird Elterngeld in Höhe von 1.200 Euro, für Kind 2 Betreuungsgeld in Höhe von 150 Euro = 1.350 Euro bezogen. Anrechenbares Einkommen: 1.350 Euro abzgl. 300 Euro = 1.050 Euro.

93.1.1.8 Gründungszuschuss nach dem SGB III (Arbeitsförderung)

Der Gründungszuschuss nach § 57 SGB III dient der Förderung der Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit. Der Gründungszuschuss anstelle von Arbeitslosengeld I gilt als Einkommen nach § 93 SGB VIII.

93.1.1.9 Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG)

Vor der Erhebung von Kostenbeiträgen nach § 91 ff SGB VIII ist zu unterscheiden, welche kostenbeitragspflichtige Person aus BAFöG-Leistungen herangezogen wird.

BAFöG-Leistungen dienen sowohl der Sicherung des Lebensunterhalts als auch der Deckung von Ausbildungskosten. Der für die Ausbildungskosten bestimmte Anteil wird pauschal mit 20% der bewilligten BAFöG-Leistungen bewertet und gilt als zweckbestimmte Leistung i.S. von § 93 Abs. 1 Satz 4 SGB VIII.

Bei der Einkommensermittlung nach § 93 SGB VIII bleibt dieser Ausbildungskostenanteil anrechnungsfrei, sodass nur 80% der BAFöG-Leistung als Einkommen zu berücksichtigen ist⁴⁰.

Es ist zu differenzieren zwischen:

a) Kostenbeteiligung der Elternteile, des Ehegatten oder Lebenspartner des jungen Menschen:

80% der BAFöG-Leistung wird als Einkommen nach § 93 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII angerechnet, unabhängig davon, ob die Förderung einen Darlehensanteil enthält.

Werden Leistungen der Unterhaltsförderung bei Vollzeitmaßnahmen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) gewährt (Meister-BAFöG), findet die für das BAFöG beschriebene Verfahrensweise analog Anwendung.

b) Kostenbeteiligung des jungen Menschen:

Ist der junge Mensch auf Kosten der Jugendhilfe vollstationär untergebracht und trägt der Jugendhilfeträger die Ausbildungskosten in vollem Umfang, so ist die BAFöG-Leistung in voller Höhe (zu 100%) als zweckidentische Leistung nach § 93 Abs. 1 Satz 3 SGB VIII einzusetzen⁴¹. Da Schüler-BAFöG in der Regel als Vollzuschuss geleistet wird, erübrigt sich eine Differenzierung in Darlehensanteil und Zuschuss.

93.1.1.10 Mutterschaftsgeld

Es handelt sich um eine steuerfreie Lohnersatzleistung, die sich aus einem Teilbetrag der Krankenkasse und einem Arbeitgeber-Zuschuss zusammensetzt. Im Ergebnis erhält die Frau in ihrer arbeitsfreien Mutterschutzzeit ein gleichhohes Einkommen wie vor der Geburt.

93.1.1.11 Einmalige Einnahmen werden dem Gesamteinkommen des jeweiligen Kalenderjahres hinzugerechnet; anschließend wird die Gesamtsumme aller berücksichtigungsfähigen Einkünfte durch 12 Monate geteilt.

⁴⁰ BSG Urteil v. 17.3.2009, B 14 AS 63/07; Bundesverfassungsgericht 1 BvR 2556/09 v. 07.07.2010; DIJuF Rechtsgutachten v. 13.09.2010, JAmt Heft 11/2010, S. 487.

⁴¹ Siehe Ziffer 93.1.3 Heranziehung zweckidentischer Leistungen

93.1.2 Anrechnungsfreies Einkommen

93.1.2.1 Grundrenten nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) und den hierzu entsprechenden Nebengesetzen (z.B. Opferentschädigungsgesetz – OEG; Infektionsschutzgesetz - IFSG, Soldatenversorgungsgesetz - SVG, Zivildienstgesetz – ZDG)

93.1.2.2 Renten und Beihilfen nach Bundesentschädigungsgesetz (z.B. Entschädigung nationalsozialistischer Opfer)

93.1.2.3 Schmerzensgeld nach § 253 Abs. 2 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)

Ist wegen einer Verletzung des Körpers, der Gesundheit, der Freiheit oder der sexuellen Selbstbestimmung ein immaterieller Schaden entstanden und wird hierfür eine Entschädigung in Geld geleistet, erfolgt keine Berücksichtigung als Einkommen nach § 93 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII.

93.1.3 Zweckidentische Leistungen

Wirtschaftliche Jugendhilfe wird als Annex zu pädagogischen Leistungen gewährt. Sie umfasst die Sicherstellung des notwendigen Lebensunterhalts des jungen Menschen außerhalb des Elternhauses einschließlich der Kosten der Erziehung (§ 39 Abs. 1 SGB VIII). Andere Geldleistungen, die dem gleichen Zweck dienen, zählen nicht zum Einkommen, sondern werden davon unabhängig bzw. zusätzlich zum Kostenbeitrag herangezogen. Zweckidentität besteht, wenn beide Leistungen der Deckung desselben Bedarfs dienen. Hierzu gehören Unterhaltszahlungen, Halb- und Vollwaisenrente, (mit Ausnahme von Hinterbliebenen- und Beschädigtengrundrenten nach dem BVG und den hierzu entsprechenden Nebengesetzen, z.B. nach dem Opferentschädigungsgesetz OEG⁴²), Ausgleichsrenten nach dem BVG⁴³, Waisengeld für Hinterbliebene nach dem Beamtenversorgungsgesetz, Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) und Ausbildungsgeld⁴⁴ nach SGB III, BAFöG⁴⁵ und vergleichbare Leistungen. Zweckidentische Leistungen sind demjenigen zuzuordnen, für den sie bestimmt sind.

Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)⁴⁶ werden nicht mehr gewährt, wenn Mutter und Kind im Rahmen der Jugendhilfe gemeinsam untergebracht sind

93.1.3.1 Einsatz bei vollstationären Leistungen

Bei vollstationären Leistungen sind die zweckidentischen Leistungen in vollem Umfang einzusetzen, da der Unterhalt des jungen Menschen bei dieser Betreuungsform vom Jugendamt mit abgedeckt wird. Damit soll eine Doppelleistung durch öffentliche Mittel für denselben Zweck vermieden werden.

93.1.3.2 Kein Einsatz bei teilstationären Leistungen

Die Frage nach dem Einsatz von zweckidentischen Leistungen stellt sich bei einer teilstationären Betreuung nicht, weil das Jugendamt den Lebensunterhalt des jungen Menschen nicht vollständig sicherstellt. Es fehlt daher an der Zweckidentität i.S. des § 93 Abs. 1 Satz 3 SGB VIII.

Diese zweckidentischen Mittel (z.B. Unterhaltszahlungen oder Halbwaisenrente) werden vom jungen Menschen zur Deckung seines eigenen Lebensbedarfs benötigt.

⁴² BMAS Schreiben vom 15.12.2011: keine Zweckidentität von OEG-Beschädigten u. Hinterbliebenengrundrenten mit Unterhaltsleistungen nach § 39 SGB VIII (entgegen der Annahme des VG Saarlouis 11 K 471/08 vom 31.03.2010).

⁴³ BMAS Rundschreiben v. 08.10.2012 u. Verfügung des RP Stuttgart, Landesversorgungsamt vom 07.11.2012

⁴⁴ VGH Bayern 12 C 10.1472 vom 27.06.2011, OVG Lüneburg, 4 PA 250/08 v. 28.07.2009

⁴⁵ Siehe Ausführungen zum BAFöG unter Ziffer 93.1.1.1

⁴⁶ Erlass des Ministeriums für Arbeit und Soziales Baden- Württemberg vom 04.07.2006

93.1.4 Zweckbestimmte Leistungen und Kindergeld

Nach § 93 Abs. 1 Satz 4 SGB VIII zählen Leistungen, die aufgrund öffentlich-rechtlicher Vorschriften zu einem ausdrücklich genannten Zweck erbracht werden, nicht zum Einkommen. Sie dienen einem anderen Zweck als die wirtschaftliche Jugendhilfe und bleiben bei der Ermittlung des Einkommens nach § 93 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII unberücksichtigt. Es reicht aus, wenn sich der Zweck für eine bestimmte Leistung aus den Anspruchsvoraussetzungen der öffentlich-rechtlichen Vorschrift ergibt. Eine wörtliche Benennung des Zwecks, für den die Leistung erbracht wird, ist nicht zwingend erforderlich. Wohngeld ist z.B. kein Einkommen in diesem Sinne, da es zweckbestimmt einen Teil des Bedarfs für das Wohnen abdecken soll.⁴⁷

Es bietet sich eine Orientierung am Leistungskatalog der SHR 83.01 an, da die Regelung des § 93 Abs. 1 Satz 4 SGB VIII inhaltlich dem § 83 SGB XII nachgebildet wurde.

Eine direkte Umsetzung auf die Jugendhilfe ist jedoch nur bedingt möglich. Zum einen hat der Gesetzgeber einen eigenen Einkommensbegriff nach § 93 SGB VIII geschaffen, zum anderen gilt die Besonderheit des Einzelfalls unter Beachtung der Zielsetzungen des SGB VIII, die sich von der Sozialhilfe unterscheidet.

Kindergeld für das untergebrachte Kind und für dessen Geschwister⁴⁸ ist ebenfalls kein Einkommen des kindergeldberechtigten Elternteils im Sinne des § 93 SGB VIII. Eine einkommenserhöhende Hinzurechnung von Kindergeld ist daher nicht zulässig⁴⁹. Der kindergeldberechtigte Elternteil hat das Kindergeld für das untergebrachte Kind jedoch als Kostenbeitrag einzusetzen; ggf. neben einem aus Einkommen ermittelten Kostenbeitrag⁵⁰.

93.2 Absetzungen

Die Formulierung in § 93 Abs. 2 Nr. 1 und 2 SGB VIII deckt sich mit § 82 Abs. 2 Nr. 1 und 2 SGB XII. Bei der Absetzung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen sollte der Anlehnung an das Sozialhilferecht gefolgt und die entsprechenden Ausführungen der SHR 82.20ff beachtet werden.

Werden Beiträge zur Absicherung der in § 93 Abs. 2 Nr. 3 SGB VIII genannten Risiken (Alter, Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Arbeitslosigkeit) geltend gemacht und sind diese Risiken nicht mehr ausreichend durch staatliche Vorsorgeleistungen abgedeckt, sind anerkennungsfähige Aufwendungen vom Einkommen abzusetzen. Dabei richtet sich die Beurteilung der Angemessenheit grundsätzlich nach den individuellen Lebensverhältnissen der Antragsteller (siehe Anhang S. 24).

Insbesondere die Altersvorsorge gewinnt immer mehr an Bedeutung. Dazu gehört u.a. die Bruttoentgeltumwandlung. Ein Teil des Bruttoarbeitslohns wird aufgrund einer Vereinbarung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber in eine betriebliche Altersversorgung umgewandelt. Bei derartigen Beiträgen handelt es sich um Einkommen i. S. des § 93 SGB XII, welches in angemessener Höhe anrechnungsfrei bleiben muss. Als Orientierungshilfe zur Beurteilung der Angemessenheit bieten sich u.a. zwei Anhaltspunkte aus der Rechtsprechung⁵¹ an. Dies ist zum einen der Mindestbeitrag für die gesetzliche Rentenversicherung, zum anderen die steuerrechtliche Regelung nach § 3 Nr. 63 EStG, wonach der Höchstbetrag zum Aufbau einer betrieblichen Altersversorgung bei 4% der Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung liegt. Am Beispiel des Jahres 2015 ergibt sich daraus eine Angemessenheitsspanne zwischen monatlich 84,15 Euro (18,7% aus 450 Euro) und monatlich 242 Euro (4% aus 6.050 Euro).

⁴⁷ BayVGh, 12. Senat v. 24.06.2010 – 12 B 09.2527, FamRZ 2011, Heft 4 S. 331. Zur Zweckbestimmung siehe § 1 WoGG.

⁴⁸ BVerwG 5 C 10.10 vom 12.05.2011

⁴⁹ Seit Inkrafttreten des KJVG ab 03.12.2013

⁵⁰ Siehe Ziffer 94.3ff

⁵¹ BSG B 4 AS 7/10 vom 09.11.2010

Die Direktversicherung ist ebenfalls ein Modell der betrieblichen Altersversorgung. Ein Teil des Bruttogehalts wird in Beiträge für eine Kapitallebens- oder Rentenversicherung umgewandelt. Kapitalbildende Versicherungen werden nicht anerkannt. Zur Beurteilung der Angemessenheit einer zusätzlichen Rentenversicherung kann die die vorgenannte Angemessenheitsspanne ebenfalls zugrunde gelegt werden.

93.3 Belastungen

Außer den in § 93 Abs. 2 SGB VIII genannten Absetzungen kommen nach § 93 Abs. 3 SGB VIII weitere Belastungen (Versicherungen, Werbungskosten, Schuldverpflichtungen) in Betracht, die vom Einkommen abzuziehen sind. Zu beachten ist, dass die in den Nummern 1-3 genannte Aufzählung nicht abschließend ist („insbesondere“). Im Gegensatz zur Einkommensermittlung nach § 93 Abs. 4 Satz 1 SGB VIII gibt es bei der Berücksichtigung von Belastungen keinen gesetzlich vorgeschriebenen Bezug zu dem der Leistung vorangegangenen Kalenderjahr, sodass aktuell bestehende Verpflichtungen relevant sind. Lediglich im Falle einer Rückabwicklung der Kostenbeitragsfestsetzung nach § 93 Abs. 4 Satz 2 und 3 SGB VIII macht es Sinn, dem nachträglich zu ersetzenden Einkommen die jeweils zeitgleich dazugehörigen Belastungen gegenüberzustellen.

93.3.1 Pauschaler Freibetrag

Der Abzug der in § 93 Abs. 3 SGB VIII aufgeführten Belastungen erfolgt im Regelfall durch eine pauschale Kürzung des nach § 93 Abs. 1 und 2 errechneten Einkommens um 25%. Dies gilt auch dann, wenn z.B. in bereits laufenden Fällen bekannt ist, dass solche Belastungen tatsächlich nur in geringerer Höhe bestehen.

Die pauschale Absetzung nach § 93 Abs. 3 SGB VIII kommt für junge Menschen und Leistungsberechtigte nach § 19 SGB VIII mit eigenem Einkommen nach § 94 Abs. 6 SGB VIII nicht zur Anwendung.

Die Entscheidung über die Anerkennung von Belastungen nach § 93 Abs. 3 Nr. 1 (Versicherungsbeiträge etc.) und Nr. 3 SGB VIII (Schuldverpflichtungen) kann über eine Härtefallentscheidung nach § 92 Abs. 5 SGB VIII erfolgen.

93.3.2 Nachgewiesene höhere Belastungen

Weist der Kostenbeitragspflichtige nach, dass seine Aufwendungen höher sind als der 25%-Freibetrag, können (Ermessensentscheidung) seine tatsächlichen Belastungen berücksichtigt werden, wenn sie nach Grund und Höhe angemessen sind und die Grundsätze einer wirtschaftlichen Lebensführung nicht verletzen.

Beispiele für individuell nachgewiesene Belastungen, die anerkannt werden können:

Versicherungsbeiträge nach § 93 Abs. 3 Nr. 1 SGB VIII:

Berücksichtigungsfähig	Nicht berücksichtigungsfähig
<ul style="list-style-type: none"> - Private Haftpflichtversicherung - Hausratversicherung - Unfallversicherung ohne Kapitalbildung - Risikolebensversicherung - Versicherungen gegen Berufsunfähigkeit 	<ul style="list-style-type: none"> - Rechtsschutzversicherung - Kapitallebensversicherung - weitere Kapital bildende Versicherungen - Ausbildungsversicherung für Kinder - Sterbegeldversicherung

Werbungskosten nach § 93 Abs. 3 Nr. 2 SGB VIII können berücksichtigungsfähig sein:

- Fahrtkosten zur Arbeit⁵²,
- Beiträge zu Berufsverbänden, Gewerkschaften
- Kosten für Kinderbetreuung während der Arbeitszeit
- ggf. Kosten für Arbeitskleidung, wenn spezielle Arbeitskleidung benötigt und vom Arbeitgeber nicht ersetzt wird.

Schuldverpflichtungen nach § 93 Abs. 3 Nr. 3 SGB VIII:

Berücksichtigungsfähig	Nicht berücksichtigungsfähig
<ul style="list-style-type: none"> - Schuldverpflichtungen, die vor Beginn der Hilfe eingegangen wurden, sofern der Zweck des Kredits nachvollziehbar ist und die Kreditaufnahme nicht unwirtschaftlich war, - Schulden für den Kauf eines PKW, wenn dieser für Fahrten zur Arbeit notwendig ist und die Anschaffungskosten noch nicht über die Fahrtkostenberechnung nach SüdL Ziffer 10.2.2 abgegolten sind, - Schulden zum Kauf von Einrichtungsgegenständen - BAFöG-Rückzahlungen - Angemessene Schuldverpflichtungen (Zins und Tilgung) für selbstgenutztes Wohneigentum nach Abzug des ermittelten Wohnwertes⁵³ 	<ul style="list-style-type: none"> - Schuldverpflichtungen zur Finanzierung von Luxus (Reisen, unangemessene Wohnungseinrichtung), - Schulden zur Finanzierung von Sucht (Spielschulden, Drogen), - Schulden aus unwirtschaftlichem Verhalten - Schulden, die aufgrund eines Darlehens im Zusammenhang mit der Gewährung von Jugendhilfe entstanden sind.

Ergänzend wird auf die entsprechenden Ausführungen in den Sozialhilferichtlinien Baden-Württemberg verwiesen, die als Orientierungshilfe zugrunde gelegt werden können.

Anhang

Beurteilungskriterien zur „Angemessenheit“ nach § 93 Abs. 2 und 3 SGB VIII

Die Behörde hat die Unbestimmtheit dieses Rechtsbegriffs unter Bewertung aller Umstände des Einzelfalls zu konkretisieren und im Rahmen ihres Beurteilungsspielraumes richtig auszulegen. Dabei ist die individuelle Lebenssituation des Kostenbeitragspflichtigen unter Berücksichtigung seiner persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu berücksichtigen. Nach Grund und Höhe angemessen gelten i.d.R. Beitragshöhen für freiwillige Versicherungen, die mit den gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträgen vergleichbar sind (z.B. für Personen, die von der gesetzlichen Sozialversicherungspflicht befreit sind oder selbstständig sind). Unangemessen erscheinen überzogene Vorsorgeaufwendungen, die über das durchschnittliche Sicherheitsbedürfnis eines Bürgers hinausgehen. So sollte der Abschluss solcher Versicherungen nicht zu erheblichen finanziellen Einschränkungen des familiären Haushalts führen und die Familie über ein regelmäßiges Einkommen verfügen, um ihren Verpflichtungen nachkommen zu können.

Auch der Zeitpunkt der Vertragsabschlüsse kann ein Beurteilungskriterium sein; war z.B. die Unterbringung des Kindes bereits absehbar, kann die Angemessenheit entfallen.

⁵² Die Berechnung in Anlehnung an § 82 SGB XII und der VO zu § 82 SGB XII wurde aufgegeben, weil die dortige Entfernungsbegrenzung nicht mehr zeitgemäß ist. Es wird eine Anlehnung an Ziffer 10.2.2 SüdL empfohlen.

⁵³ Siehe DIJuF-Rechtsgutachten vom 26.11.2010, J 8 310 Sch, JAmt Heft 03/2011 sowie Anlage 5 der Empfehlungen

Zu den berücksichtigungsfähigen Versicherungsarten kommen Beiträge zur Alterssicherung (z.B. Riester-Leistungen), Lebensversicherungen (mit der Einschränkung, dass ihre Verwertung vor dem Eintritt in den Ruhestand vertraglich ausgeschlossen ist), freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Kranken- (z.B. Zusatzversicherung für Zahnersatz), Pflege- und Rentenversicherung (z.B. betriebliche Altersversorgung) in Betracht. Überschreiten die Beiträge die Höhe des Üblichen (z.B. bei der Riesterrente die Höhe der Mindesteinlage) sollte sich dies aus der Besonderheit des Einzelfalls begründen.

Grundsätzlich nicht berücksichtigungsfähig sind Versicherungsbeiträge, die der reinen Vermögensbildung dienen.

93.4 Einkommensermittlung

Die nachfolgenden Ausführungen gelten für alle Kostenbeitragspflichtigen mit Ausnahme des jungen Menschen (siehe § 94 Abs. 6 SGB VIII)⁵⁴.

93.4.1 Maßgebliches Einkommen und Erfassungszeitraum

Grundsätzlich maßgeblich ist das durchschnittliche Monatseinkommen, ermittelt aus der Summe aller Einkünfte im Sinne des § 93 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII, die der kostenbeitragspflichtigen Person innerhalb eines Kalenderjahres regelmäßig oder einmalig zugeflossen sind (1/12 der jährlichen Gesamteinkünfte nach § 93 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII). Dabei ist als Erfassungszeitraum das Kalenderjahr zugrunde zu legen, welches dem jeweiligen Kalenderjahr der Leistung oder der Maßnahme vorangeht.

Bsp. Leistungsbeginn 01.04.2014; kostenbeitragsrelevant ist das durchschnittliche Monatseinkommen, welches in der Zeit vom 01.01.2013 bis 31.12.2013 (im Kalenderjahr 2013) erzielt wurde. Dauert der Leistungszeitraum über den 01.01.2015 hinaus an, sind für das Leistungsjahr 2015 die Einkünfte aus dem Kalenderjahr 2014 relevant.

Damit will der Gesetzgeber eine jährliche Aktualisierung des Kostenbeitrages sicherstellen.

93.4.2 Nachträgliche Neuberechnung des maßgeblichen Einkommens auf Antrag

Auf Antrag des Kostenbeitragspflichtigen ist vom Grundsatz der Einkommensermittlung nach § 93 Abs. 4 Satz 1 SGB VIII abzuweichen. Dabei ist das maßgebliche Einkommen nachträglich durch das durchschnittliche Monatseinkommen zu ersetzen, welches der/die Kostenbeitragspflichtige in dem jeweiligen Kalenderjahr der Leistung oder der Maßnahme erzielt hat.

Bsp. Leistungsbeginn 01.04.2014, nachträglich zugrunde zu legen ist das durchschnittliche Monatseinkommen aus dem Kalenderjahr 2014 (vom 01.01.2014 bis 31.12.2014). Evtl. zu viel geleistete Kostenbeiträge sind zu erstatten / evtl. höhere Kostenbeiträge nachzufordern.

93.4.3 Frist zur Antragstellung

Der Antrag für die nachträgliche Neuberechnung kann innerhalb eines Jahres nach Ablauf des Kalenderjahres der jeweiligen Leistung oder der jeweiligen Maßnahme gestellt werden.

Bsp. Leistungsbeginn 01.04.2014, Ablauf des Kalenderjahres der Leistung: 31.12.2014, Ablauf der Frist zur Antragstellung: 31.12.2015.

93.4.4 Vorläufige Einkommensermittlung im Härtefall

Eine weitere Abweichung vom Grundsatz der Einkommensermittlung ist in besonderen Härtefällen möglich. Ergäbe die Heranziehung zu einem Kostenbeitrag auf der Grundlage des nach § 93 Abs. 4 Satz 1 SGB VIII ermittelten maßgeblichen Einkommens in einem bestimmten, vom Kostenbeitragspflichtigen glaubhaft gemachten Zeitraum eine besondere

⁵⁴ Siehe Ziffer 94.6.1

Härte, wird vorläufig von dem in diesem bestimmten Zeitraum erzielten durchschnittlichen Monatseinkommen ausgegangen.

Bsp. Leistungsbeginn 01.04.2014, der aktuell zu leistende Kostenbeitrag basiert auf dem durchschnittlichen Monatseinkommen des Kalenderjahres 2013. In der Zeit vom 01.07.2014 bis 30.11.2014 verdient der Kostenbeitragspflichtige erheblich weniger. Für den Erlass eines vorläufigen Kostenbeitragsbescheides ist zunächst das in der Zeit vom 01.07.2014 bis 30.11.2014 erzielte durchschnittliche Monatseinkommen maßgeblich. Nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die besondere Härte glaubhaft gemacht wurde (hier 2014), ist der endgültige Kostenbeitrag ab 01.07.2014 festzusetzen. Dieser endgültige Kostenbeitrag basiert auf dem durchschnittlichen Monatseinkommen, welches im Kalenderjahr 2014 (vom 01.01.2014 – 31.12.2014) erzielt wurde.

§ 94 SGB VIII Umfang der Heranziehung

94 Allgemeines

§ 94 SGB VIII regelt den Umfang der Heranziehung der Kostenbeitragspflichtigen.

94.1 Angemessener Kostenbeitrag

Grundlegendes Kriterium des Kostenbeitrags soll seine „Angemessenheit“ sein. Zur Umsetzung dieses unbestimmten Rechtsbegriffs sind folgende Regelungen zu beachten:

- die Vorschriften des § 93 SGB VIII (Einkommen),
- die Bestimmungen des § 94 SGB VIII (v.a. der Kostenbeitragsverordnung nach § 94 Abs. 5 SGB VIII),
- das Unterhaltsrecht nach BGB (z.B. Berücksichtigung weiterer Unterhaltspflichten, Wahrung des Selbsthalts⁵⁵),
- die Heranziehung aus Vermögen (§§ 90, 91 SGB XII) bei jungen Volljährigen und volljährigen Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VIII.

Der errechnete Kostenbeitrag ist auf volle Euro abzurunden. Die Festsetzung des Kostenbeitrags erfolgt ab dem Ersten des auf den Beginn der Leistung folgenden Monats. Wechselt die Hilfeart, z.B. von teil- zur vollstationären Leistung ist der jeweilige Kostenbeitrag taggenau zu berechnen.

Bei vorläufigen Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen nach § 42 SGB VIII gilt die unter Ziffer 92.5.5. beschriebene Sonderregelung. Dauert die Inobhutnahme länger als 7 Tage an, wird der Kostenbeitrag ab dem ersten Tag der Inobhutnahme festgesetzt.

94.1.1 Heranziehung aus Einkommen

Die angemessene Heranziehung der Kostenbeitragspflichtigen erfolgt grundsätzlich nur aus dem Einkommen; junge Volljährige und volljährige Leistungsberechtigte nach § 19 SGB VIII sind jedoch zusätzlich auch aus Vermögen heranzuziehen (vgl. § 92 Abs. 1a SGB VIII bzw. Ziffer 92.1a).

94.1.2 Obergrenze der Heranziehung

Die Obergrenze der Heranziehung aus allen Kostenbeiträgen bemisst sich am tatsächlichen Aufwand des Jugendhelfeträgers, d.h. an der Höhe der Kosten für Leistungen und vorläufige Maßnahmen nach § 91 Abs. 1 und 2 SGB VIII sowie etwaiger Kosten für den notwendigen Unterhalt und die Krankenhilfe (vgl. Ziffer 91.3).

94.1.3 Rangfolge der Kostenbeitragspflichtigen

Die Heranziehung zum Kostenbeitrag nach § 91ff SGB VIII unterliegt folgender Rangfolge:

- 1) Junger Mensch (ledig oder verheiratet)
- 2) Ehegatte oder Lebenspartner (nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz) des jungen Menschen
- 3) Elternteile des jungen Menschen

Sofern der Kostenbeitrag des jungen Menschen in der Regel nicht ausreicht, um die Aufwendungen der Jugendhilfe abzudecken, sind auch die nachrangig benannten Kostenbeitragspflichtigen auf ihre Leistungsfähigkeit zu überprüfen und ggf. weitere Kostenbeiträge aus Einkommen und Kindergeld festzusetzen.

⁵⁵ BVerwG Urteil 5 C 10.09 vom 19.08.2010

94.2 Individuelle Berücksichtigung von Einkommen und Unterhaltspflichten

Für jeden kostenbeitragspflichtigen Elternteil, Ehegatten oder Lebenspartner des jungen Menschen ist ein angemessener Kostenbeitrag festzusetzen. Die Angemessenheit des Kostenbeitrags bemisst sich dabei an zwei wesentlichen Parametern: der Höhe des jeweiligen Einkommens und der bürgerlich-rechtlichen Leistungsfähigkeit nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB).

94.2.1 Zuordnung des Einkommens

Jeder Kostenbeitragspflichtige ist einzeln aus seinem Einkommen heranzuziehen; auch zusammenlebende Elternteile⁵⁶. Die Berechnung des maßgeblichen Einkommens erfolgt individuell für jede kostenbeitragspflichtige Person nach § 93 SGB VIII, ebenso die Absetzungen und die pauschale Kürzung in Höhe von 25%. Werden darüber hinausgehende höhere Belastungen nachgewiesen und leben die Elternteile zusammen, sollten die Belastungen nur bei demjenigen Elternteil anerkannt werden, der auch tatsächlich dafür aufkommt.

94.2.2 Berücksichtigung von gleichrangig Unterhaltsberechtigten

Die Umsetzung erfolgt über § 4 der Kostenbeitragsverordnung⁵⁷.

Unabhängig vom Grundsatz zur Ermittlung des maßgeblichen Einkommens auf der Basis des Vorjahreseinkommens nach § 93 Abs. 4 Satz 1 SGB VIII sind für die Festsetzung des Kostenbeitrags die aktuell zu berücksichtigenden Unterhaltspflichten maßgebend⁵⁸.

Bsp.: Leistungsbeginn 1.2.2015, Kostenbeitragsfestsetzung ab 1.2.2015 auf der Basis des Vorjahreseinkommens 2014 und der am 1.2.2015 bestehenden Unterhaltspflichten.

Ändert sich die Anzahl der unterhaltsberechtigten Personen und wirkt sich diese Änderung auf die Höhe des festgesetzten Kostenbeitrags aus, ist der Kostenbeitrag ab Eintritt der Änderung jeweils neu festzusetzen⁵⁹; z.B.:

- bei Geburt eines berücksichtigungsfähigen Geschwisterkindes ab dem 1. des Monats, in dem das Kind geboren wurde,
- bei Wegfall einer Unterhaltspflicht ab dem 1. des auf den Wegfall folgenden Monats.

Die Gegenüberstellung von Unterhaltspflichten und durchschnittlichem Monatseinkommen desselben Zeitraums ist nur im Falle einer Antragsstellung nach § 93 Abs. 4 Satz 2 und 3 SGB VIII nachvollziehbar.

Bsp.: Kostenbeitrag ab 1.1.2015 wurde auf der Basis des Vorjahreseinkommens aus dem Kalenderjahr 2014 festgesetzt. Nach Ablauf des Kalenderjahres 2015 stellt der Kostenbeitragspflichtige einen Antrag auf nachträglichen Ersatz des Einkommens auf der Basis des Kalenderjahres 2015 (Ersatzjahr). Bei dieser Rückabwicklung und evtl. Neufestsetzung des Kostenbeitrags ab 1.1.2015 sind neben dem maßgeblichen Einkommen aus dem Kalenderjahr 2015 auch die im Ersatzjahr zu berücksichtigenden Unterhaltspflichten relevant.

94.3 Kostenbeitrag in Höhe von Kindergeld

Mit der Regelung des § 94 Abs. 3 Satz 1 SGB VIII hat der Gesetzgeber bei vollstationären Leistungen⁶⁰ die Festsetzung eines Kostenbeitrages in Höhe des Kindergeldes ermöglicht.

⁵⁶ Siehe Ziffer 92.2.2 Wegfall der gesamtschuldnerischen Haftung

⁵⁷ Siehe Ziffer 94.5.4

⁵⁸ Entgegen den Ausführungen in Ziffer III und IV im DIJuF Rechtsgutachten vom 31.10.14, JAmt 12/2014

⁵⁹ Entspricht den Ausführungen in Ziffer II des DIJuF Rechtsgutachtens vom 31.10.14, JAmt 12/2014

⁶⁰ Beachte Revisionsverfahren vor dem BVerwG zur Klärung der Frage, ob der Begriff Leistungen über Tag und Nacht i.S.v. § 94 Abs. 3 SGB VIII auch Inobhutnahmen erfasst (BVerwG 5 B 22.14, 5 C 21.14).

Die Umsetzung der Heranziehung zu einem Kostenbeitrag in Höhe des Kindergeldes für den untergebrachten jungen Menschen wird auch in § 7 der Kostenbeitragsverordnung beschrieben⁶¹.

Die Festsetzung des Kostenbeitrags in Höhe von Kindergeld erfolgt ab dem Ersten des auf den Beginn der Leistung folgenden Monats.

94.3.1 Voraussetzungen

Der kindergeldberechtigte Elternteil hat unter folgenden Voraussetzungen einen Kostenbeitrag in Höhe des Kindergeldes zu zahlen, und zwar unabhängig davon, ob er daneben noch zu einem angemessenen Kostenbeitrag aus seinem Einkommen herangezogen wird:

- Unterbringung des jungen Menschen über Tag und Nacht außerhalb des Elternhauses,
- Elternteil bezieht Kindergeld für den untergebrachten jungen Menschen,
- die unter Ziffer 94.1.2 beschriebene Obergrenze der Heranziehung wurde beachtet,
- vor der Heranziehung des Kindergeldes sind vorrangige Kostenbeitragspflichten nach Ziffer 94.1.3 zu prüfen. Bis zur vollen Kostendeckung sind:
 - vorrangig der junge Mensch aus Einkommen und ab seiner Volljährigkeit auch aus Vermögen (§ 94 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII, § 92 Abs. 1a SGB VIII),
 - im nächsten Rang folgend sein Ehegatte oder Lebenspartner nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG) aus Einkommen,
 - und im letzten Rang folgend seine Elternteile aus Einkommen und der kindergeldberechtigte Elternteil zusätzlich aus Kindergeld

heranzuziehen.

Die Heranziehung von Kindergeld kommt nur dann nicht in Betracht, wenn die tatsächlichen Aufwendungen der Jugendhilfe bereits aus der Kostenbeteiligung des jungen Menschen, seines Ehegatten oder Lebenspartners in vollem Umfang gedeckt sind.

Hat der kindergeldberechtigte Elternteil einen Kostenbeitrag aus Einkommen nach § 93 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII und daneben einen Kostenbeitrag aus Kindergeld nach § 94 Abs. 3 Satz 1 SGB VIII zu leisten, erhält er zwei Kostenbeitragsbescheide.

Auch Leistungsempfänger nach SGB II oder SGB XII haben unter den in Ziffer 94.3ff genannten Voraussetzungen einen Kostenbeitrag in Höhe des Kindergeldes zu leisten, da der Unterhalt des untergebrachten jungen Menschen vom Jugendhilfeträger sichergestellt wird.

Bsp.: Sind die tatsächlichen Aufwendungen der Jugendhilfe bis auf einen Restaufwand durch die vorrangige Kostenbeteiligung des jungen Menschen und seines Ehegatten/Lebenspartners gedeckt, sollte sich zunächst die Kostenbeteiligung in Höhe des Kindergeldes und zuletzt die Kostenbeteiligung der Elternteile aus ihrem jeweiligen Einkommen anschließen, ggfs. durch Quotelung des jeweilig zu leistenden Kostenbeitrages.

Bsp.: ungedeckter Restaufwand nach Heranziehung des Kindergeldes: 180 Euro.

Mögliche Kostenbeteiligung aus Einkommen des Vaters: 200 Euro, mögliche Kostenbeteiligung aus Einkommen der Mutter: 50 Euro. Es stehen insgesamt 250 Euro zur Aufwandsdeckung zur Verfügung, die auf den Restaufwand wie folgt verteilt werden:

Quote Kostenbeitrag Vater: $180 \text{ Euro} \times 200 \text{ Euro} \text{ geteilt durch } 250 \text{ Euro} = 144 \text{ Euro}$

Quote Kostenbeitrag Mutter: $180 \text{ Euro} \times 50 \text{ Euro} \text{ geteilt durch } 250 \text{ Euro} = 36 \text{ Euro}$

94.3.2 Erstattungsanspruch auf Kindergeld

Zahlt der kindergeldberechtigte Elternteil den Kostenbeitrag in Höhe des Kindergeldes nicht, ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe berechtigt, einen Erstattungsanspruch nach

⁶¹ Siehe Ziffer 94.5.7

§ 104 SGB X i.V.m. § 74 Abs. 2 EStG gegenüber der Familienkasse geltend zu machen. Dies gilt auch im Fall eines Widerspruchs- oder Klageverfahren unabhängig der aufschiebenden Wirkung⁶².

Auszug aus § 74 EStG

§ 74 EStG

Zahlung des Kindergeldes in Sonderfällen

- (1) Das für ein Kind festgesetzte Kindergeld nach § 66 Abs. 1 EStG kann an das Kind ausgezahlt werden, wenn der Kindergeldberechtigte ihm gegenüber seiner gesetzlichen Unterhaltspflicht nicht nachkommt. Kindergeld kann an Kinder, die bei der Festsetzung des Kindergeldes berücksichtigt werden, bis zur Höhe des Betrages, der sich bei entsprechender Anwendung des § 76 EStG ergibt, ausgezahlt werden. Dies gilt auch, wenn der Kindergeldberechtigte mangels Leistungsfähigkeit nicht unterhaltspflichtig ist oder nur Unterhalt in Höhe eines Betrages zu leisten braucht, der geringer ist als das für die Auszahlung in Betracht kommende Kindergeld. Die Auszahlung kann auch an die Person oder Stelle erfolgen, die dem Kind Unterhalt gewährt.
- (2) Für Erstattungsansprüche der Träger von Sozialleistungen gegen die Familienkasse gelten die §§ 102 bis 109 und 111 bis 113 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch entsprechend.

Zu beachten ist, dass die Familienkassen i.d.R. einen Mittelwert⁶³ auszahlen, wenn für mehrere Kinder Kindergeld bezogen wird. Besteht z.B. ein Kindergeldanspruch für 4 Kinder in Höhe von 2x184 Euro zuzüglich 1x190 Euro und 1x215 Euro = 773 Euro, beträgt der Mittelwert 193,25 Euro. Ist das untergebrachte Kind das vierte Kind, wird dem Jugendamt nicht Kindergeld in Höhe von 215 Euro ausbezahlt, weil die Formulierung „das auf das untergebrachte Kind entfallende Kindergeld“ von den Familienkassen in Verbindung mit den Ausführungen zu § 76 EStG ausgelegt wird und „anteiliges Kindergeld pro Kind“ bedeutet.

94.4 Berücksichtigung tatsächlicher Betreuungsleistungen

Die Regelung, dass tatsächliche Betreuungsleistungen des Pflichtigen auf seinen Kostenbeitrag anzurechnen sind, findet Anwendung bei Leistungen über Tag und Nacht. Es muss sich dabei aber um Betreuungsleistungen handeln, die den Rahmen regelmäßiger Umgangskontakte übersteigen. Dies können längere Besuchsaufenthalte in den Ferien oder regelmäßige Aufenthalte – nicht nur an den Wochenenden – sein und sind kostenbeitragsmindernd zu berücksichtigen.

Umgangskontakte sind die im Hilfeplan vereinbarten regelmäßigen Besuchskontakte, i.d.R. bei den kostenbeitragspflichtigen Elternteilen. Der Hilfeplan sollte nach Möglichkeit zu Umfang und Häufigkeit von Besuchskontakten möglichst vorausschauend berücksichtigungsfähige Aussagen treffen. Danach lässt sich abschätzen bzw. ermitteln, inwieweit die dort vereinbarten Besuchsaufenthalte eine Reduzierung des zu erhebenden Kostenbeitrags aus Einkommen erforderlich machen. Es wird empfohlen, die Abzüge beim Kostenbeitrag⁶⁴ wie folgt vorzunehmen:

⁶² Siehe Ziffer 92.2.1

⁶³ BFH Urteil v. 28.04.2010 III R 44/08

⁶⁴ Erbringen zusammenlebende Elternteile die Betreuungsleistungen gemeinsam, steht jedem von ihnen der Abzug in gleicher Höhe zu (keine hälftige Aufteilung des Abzugs auf die beiden Kostenbeiträge).

Bei einer Anwesenheit⁶⁵ des jungen Menschen in der Einrichtung bzw. Pflegefamilie von:

- | | |
|------------------|------------|
| a) 300-365 Tagen | kein Abzug |
| b) 235-299 Tagen | 20% Abzug |
| c) 170-234 Tagen | 40% Abzug |

Dies gilt auch für Wochengruppen und Wochenpflege.

Diese Regelung gilt nicht für den Kostenbeitrag in Höhe von Kindergeld⁶⁶.

94.5 Kostenbeitragsverordnung

Die erste Verordnung zur Änderung der Kostenbeitragsverordnung ist am 04.12.2013 in Kraft getreten.

§ 94 Abs.5 SGB VIII ist die Grundlage für die bundesweit geltende Rechtsverordnung zur Festsetzung der Kostenbeiträge mit nach Einkommensgruppen gestaffelten Pauschalbeträgen.

Zu beachten ist, dass die Kostenbeitragsverordnung nur für die Festsetzung der Kostenbeiträge von Eltern, Ehegatten bzw. Lebenspartners des jungen Menschen gilt.

94.5.1 Festsetzung des Kostenbeitrags nach Tabelle

Zur Festsetzung des Kostenbeitrags dient die der Verordnung als Anlage zu § 1 beigefügte Kostenbeitragstabelle. Die Tabelle gliedert sich (vertikal) in 27 Einkommensgruppen und (horizontal) in 4 Beitragsstufen. Die Tabelle gilt lt. Gesetzgeber als so konzipiert, dass sie zu angemessenen Kostenbeiträgen führt und aufwändige Nebenberechnungen in Form von unterhaltsrechtlichen Vergleichsberechnungen in der Regel nicht erforderlich sind.

94.5.2 Beitragsstufen bei vollstationären Leistungen

§ 2 der Kostenbeitragsverordnung regelt, wie die Beitragsstufen bei vollstationären Leistungen (Beitragsstufen 1-3 der Tabelle) auszuwählen sind.

Die Kostenbeitragsverordnung enthält keine Hinweise wie bei der Auswahl der Beitragsstufe zu verfahren ist, insbesondere, wenn für die vollstationär untergebrachten Personen verschiedene Jugendämter örtlich zuständig sind. Es ergeht folgende Empfehlung:

- 1) Beurteilung nach der zeitlichen Reihenfolge der Unterbringung, d.h. die Person, die zuerst untergebracht wurde ist auch die erste Person im Sinne der Beitragsstufe 1.
Bsp.: Die geschiedenen Eheleute C erhalten für ihre Kinder A (6 Jahre) und B (9 Jahre) Hilfe zur Erziehung nach §§ 27, 34 SGB VIII. Für Kind A ist das Jugendamt D, für Kind B das Jugendamt E örtlich zuständig. Das Kind A wurde am 01.01.2014 untergebracht, das Kind B am 01.03.2014. Kind A ist „erste Person“, Kind B ist „zweite Person“ im Sinne der Kostenbeitragsverordnung. Jugendamt D erhebt einen Kostenbeitrag nach Beitragsstufe 1, Jugendamt E einen Kostenbeitrag der Beitragsstufe 2 der Tabelle.
- 2) Rangfolge nach Alter bei zeitgleicher Unterbringung, d.h. ältere Kinder einer Familie gehen im Rang den jüngeren Kindern vor.
Bsp.: Fallkonstellation wie oben, nur werden die Kinder A und B beide am 01.05.2014 untergebracht. Kind B ist die erste, Kind A die zweite Person im Sinne der Beitragsstufen 1 und 2.
- 3.) Wird die „erste Person“ entlassen, rückt die „zweite Person“ an deren erste Stelle vor.

⁶⁵ Zu den Anwesenheitstagen gehören auch die Wochenendtage (Samstag und Sonntag).

Zur Abwesenheitsregelung bei teil- und vollstationären Hilfen nach dem SGB VIII siehe § 16 Rahmenvertrag Baden-Württemberg.

⁶⁶ Siehe Gesetzesbegründung zur Änderung des § 94 Abs. 3 SGB VIII; KJVVG Artikel 1 Nr. 10a). Die Entwicklung der Rechtsprechung bleibt abzuwarten.

94.5.3 Beitragsstufe bei teilstationären Leistungen

§ 3 der VO regelt die Kostenbeitragspflicht bei teilstationären Leistungen nach Beitragsstufe 4 der Tabelle.

Die Förderung umfasst nicht nur die reine Anwesenheitszeit des Kindes/Jugendlichen in der Einrichtung, sondern auch die pädagogische Arbeit mit den Eltern, Ferienfreizeiten etc.

94.5.4 Berücksichtigung weiterer Unterhaltspflichten

§ 4 der VO regelt, dass weiteren Unterhaltspflichten durch Herabstufung in der Kostenbeitragstabelle d.h. durch verminderte Kostenbeiträge Rechnung zu tragen ist.

Der vollstationär untergebrachte junge Mensch zählt hierbei nicht mit, d.h. er gehört nicht zu den zu berücksichtigenden Unterhaltspflichten im Sinne dieser Vorschrift, denn er gilt als von der Jugendhilfe unterhalten. Ein teilstationär untergebrachtes Kind hingegen zählt nach wie vor zum gemeinsamen Haushalt des/der Kostenbeitragspflichtigen, da er von diesem/n überwiegend unterhalten wird⁶⁷.

Beispiel:

Sind Kinder innerhalb einer Familie sowohl teil- als auch vollstationär untergebracht, so gilt das teilstationär untergebrachte Kind bei der Berechnung des Kostenbeitrags für das vollstationär untergebrachte Kind als weitere Unterhaltspflicht entsprechend der Zuordnung des maßgeblichen Einkommens nach Ziffer 1 oder 2 dieser Vorschrift. Bei der Berechnung des Kostenbeitrags für das teilstationär untergebrachte Kind findet das vollstationär untergebrachte Kind im Umkehrverhältnis jedoch keine Berücksichtigung. Auch sollte der für das vollstationär untergebrachte Kind zu leistende Kostenbeitrag bei der Berechnung des Kostenbeitrags für das teilstationär untergebrachte Kind nicht wie eine Herabstufung im Sinne von § 4 der VO gewertet werden.

Steht die Auswahl der Einkommensgruppe und Beitragsstufe nach Maßgabe der §§ 1-3 der Kostenbeitragsverordnung fest, bedarf es der Feststellung, ob neben der öffentlich-rechtlichen Kostenbeitragspflicht noch bürgerlich-rechtliche Unterhaltspflichten nach § 1609 BGB bestehen.

Nach §§ 1609 bzw. 1603 Abs. 2 BGB gelten folgende bürgerlich-rechtliche Rangverhältnisse⁶⁸:

Nach SGB VIII untergebrachter junger Mensch	vorrangig unterhaltsberechtig	gleichrangig unterhaltsberechtig
Minderjähriger		<ul style="list-style-type: none"> - weitere minderjährige unverheiratete Kinder der Elternteile - privilegierte Volljährige
Volljähriger	<ul style="list-style-type: none"> - weitere minderjährige unverheiratete Kinder der Elternteile - privilegierte Volljährige - Ehegatten und geschiedene Ehegatten der Elternteile 	<ul style="list-style-type: none"> - weitere volljährige unverheiratete Kinder der Elternteile

⁶⁷ Das teilstationär untergebrachte Kind löst für sich **selbst** keine Berücksichtigung i.S. einer Herabstufung aus, z.B. wenn die Familie nur ein Kind hat und dieses teilstationär untergebracht ist. Herabstufungen können nur für weitere teilstationär untergebrachte Geschwister erfolgen.

⁶⁸ lt. Unterhaltsrechtsänderungsgesetz vom 01.01.2008

§ 4 Abs. 2 der Kostenbeitragsverordnung beschreibt die Umsetzung der in § 92 Abs. 4 Satz 1 SGB VIII genannten Vorgaben (Schmälerungsverbot von Unterhaltsansprüchen vorrangig und gleichrangig Berechtigter).

94.5.4.1 Berücksichtigungsgebot (§ 4 Abs. 1 KostenbeitragsV)⁶⁹

Konkurrierende Unterhaltsansprüche werden nach Maßgabe von § 4 Abs. 1 der Kostenbeitragsverordnung durch entsprechende Zuordnungen in niedrigere Einkommensgruppen ausgeglichen. Erfolgte die Zuordnung des maßgeblichen Einkommens zu Beginn nach den Vorgaben des § 4 Abs. 1 Nr. 2, ist ein Wechsel des Herabstufungssystems ab Erreichen der Einkommensgruppe 6 nach den Vorgaben des § 4 Abs. 1 Nr. 1 nicht zulässig⁷⁰. Als konkurrierend gelten ausschließlich vorrangige und gleichrangige Unterhaltsansprüche.

Unterhaltspflichten im Sinne von § 4 Abs. 1 der Kostenbeitragsverordnung sind nur dann zu berücksichtigen, wenn **die im Haushalt lebenden** und im Verhältnis zum untergebrachten jungen Menschen mindestens gleichrangig Unterhaltsberechtigten tatsächlich außerstande sind, sich selbst zu unterhalten.

Vor- und gleichrangige Unterhaltspflichten **außerhalb** des Haushalts werden nur anerkannt, wenn der Kostenbeitragspflichtige seinen Unterhaltspflichten in Höhe des festgelegten Betrages regelmäßig nachkommt und dies entsprechend nachweist.

Kostenbeitrag für einen untergebrachten Minderjährigen

Berücksichtigung **gleichrangig** Berechtigter:

- Minderjährige unverheiratete Kinder der Elternteile werden unabhängig von ihrem Einkommen immer berücksichtigt. Aufgrund der Gleichwertigkeit von Bar- und Betreuungsunterhalt (§ 1606 Abs. 3 Satz 2 BGB) sind sie bei der Eingruppierung des Kostenbeitragspflichtigen in die Kostenbeitragstabelle stets als Unterhaltsberechtigte zu berücksichtigen.
- Privilegierte volljährige Geschwister, wenn deren Einkommen den Bedarf aus der 4. Stufe der Düsseldorfer Tabelle nicht übersteigt.

Kostenbeitrag für einen untergebrachten jungen Volljährigen

Berücksichtigung **vorrangig** Berechtigter:

- Ehegatten des Kostenbeitragspflichtigen bis zu einem Einkommen, welches 960 Euro monatlich nicht übersteigt (SüdL 22.2).
- Minderjährige unverheiratete Kinder der Elternteile (einkommensunabhängig).
- Privilegierte volljährige Geschwister bis zu einem Einkommen, welches die Höhe des Bedarfs aus der 4. Stufe der Düsseldorfer Tabelle nicht übersteigt.

Berücksichtigung **gleichrangig** Berechtigter:

- Junge Volljährige, sofern sie noch im Haushalt der Eltern leben und eine Berufsausbildung absolvieren, wenn deren Einkommen die Höhe des Bedarfs aus der 4. Stufe der Düsseldorfer Tabelle nicht übersteigt.
- Volljährige Geschwister mit eigenem Haushalt, wenn deren Einkommen die Höhe des Bedarfs von 670 Euro nicht übersteigt (SüdL 13.1.2).

⁶⁹ Siehe Ziffer 94.2.2

⁷⁰ Entgegen anderslautendem Urteil OVG NRW 12 A 2376/12 vom 01.12.2014

94.5.4.2 Schmälerungsverbot (§ 4 Abs. 2 KostenbeitragsV)

Der Kostenbeitrag darf Unterhaltsansprüche vorrangig und gleichrangig Berechtigter nicht schmälern.

Schmälerungen vorrangiger oder gleichrangiger Unterhaltsansprüche werden im Regelfall durch das System der Herabstufung ausgeschlossen. In Ausnahmefällen kann es zu einer Schmälerung vorrangiger oder gleichrangiger Unterhaltsansprüche kommen, deren Berücksichtigung nach Maßgabe von § 4 Abs. 2 der Kostenbeitragsverordnung zu erfolgen hat.

Dies kann der Fall sein, wenn z.B. ein Sonderbedarf eines unterhaltberechtigten Geschwisterkindes besteht. Dies kann ein über das übliche Maß hinausgehender Unterhaltsbedarf wegen Krankheit, Behinderung, Internatsunterbringung, Auslandsstudium etc. sein.

94.5.4.3 Unterhaltsrechtliche Vergleichsberechnung

Mit der ersten Änderungsverordnung zur Kostenbeitragsverordnung, die am 04.12.2013 in Kraft getreten ist, wurde die neue Kostenbeitragstabelle so konzipiert, dass die gesetzliche Vorgabe zur Angemessenheit der Kostenbeiträge durch die Wahrung des unterhaltsrechtlichen Selbstbehalt gewährleistet ist⁷¹. In der Regel besteht daher keine Notwendigkeit mehr, eine Vergleichsberechnung durchzuführen. Im individuellen Einzelfall ist sie deshalb nur noch dann durchzuführen, wenn der Kostenbeitragspflichtige eine Schmälerung geltend macht.

Die Feststellung einer tatsächlichen Schmälerung erfolgt über eine unterhaltsrechtliche Vergleichsberechnung nach den Süddeutschen Leitlinien (SüdL). Bei der Vergleichsberechnung sollte eine Familienkonstellation zugrunde gelegt werden, wie sie sich vor der Unterbringung des jungen Menschen dargestellt hat. „Vor der Unterbringung des jungen Menschen“ bedeutet eine Betrachtung, als ob keine Jugendhilfe gewährt würde.

Je nach Fallkonstellation gestaltet sich die unterhaltsrechtliche Vergleichsberechnung unterschiedlich:

- beim untergebrachten Minderjährigen:

Die Unterhaltsansprüche aller gleichrangig Berechtigter sind zu berücksichtigen. Dies kann zu einer Mangelfallberechnung führen. Das untergebrachte minderjährige Kind wird hierbei mitberücksichtigt.

Für Minderjährige wird als Kindesunterhalt der Tabellenbetrag nach der Düsseldorfer Tabelle (DT) in der jeweils gültigen Fassung, i.d.R. abzüglich hälftiges Kindergeld (entspricht dem Zahlbetrag) eingesetzt.

- beim untergebrachten jungen Volljährigen:

Zunächst sind die Unterhaltsbedarfe vorrangig Berechtigter konkret zu ermitteln und vom unterhaltsrechtlich relevanten Einkommen abzusetzen. Verbleibt dem Kostenbeitragspflichtigen danach noch Einkommen, ist hieraus unter Berücksichtigung von weiteren gleichrangig Berechtigten ein Kostenbeitrag festzusetzen.

Beim Unterhaltsbedarf junger Volljähriger ist zu differenzieren zwischen dem Festbetrag von 670 Euro, SüdL 01.01.2015) und der vierten Altersstufe der DT. Der Bedarf eines jungen Volljährigen im Betreuten Wohnen wird mit 670 Euro angesetzt, in allen anderen Fällen kommt die 4. Stufe DT zum Einsatz.

⁷¹ BVerwG Urteil 5 C 10.09 vom 19.08.2010

94.5.4.4 Auswirkungen der Unterhaltsrechtsreform auf die Kostenbeteiligung⁷²

Seit 01.01.2008 ist die neue Rangfolge des § 1609 BGB grundsätzlich bei allen Kostenbeitragsberechnungen zu beachten. Nachrangige Unterhaltsansprüche lassen sich weder über das Berücksichtigungsgebot nach § 94 Abs. 2 SGB VIII i.V.m. § 4 Abs. 1 der Kostenbeitragsverordnung noch über das Schmälerungsverbot nach § 4 Abs. 2 der Kostenbeitragsverordnung regeln.

Weist der Kostenbeitragspflichtige nachrangige Unterhaltspflichten nach, können diese unter die Härteregelung des § 92 Abs. 5 SGB VIII fallen. Die Festsetzung des Kostenbeitrages sollte dann individuell unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Einzelfalles erfolgen.

94.5.5 Behandlung hoher Einkommen

Bei besonders hohen Einkommen (oberhalb Einkommensstufe 27, d.h. höher als 10.000 Euro) ist die Tabelle nicht mehr anwendbar. Daher trifft § 5 der VO eine Sonderregelung, wonach bestimmte Prozentsätze des maßgeblichen Einkommens (bis maximal in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen) als Kostenbeitrag zu verlangen sind.

94.5.6 Heranziehung Eltern junger Volljähriger

Für die Eltern junger Volljähriger wurde in § 6 der VO die Obergrenze des Kostenbeitrags bei der Einkommensgruppe 13, d.h. bei maximal 725 Euro pro Elternteil angesetzt.

Die Zuordnung nach den Sätzen 2 und 3 basiert auf dem für volljährige Kinder geltenden höheren unterhaltsrechtlichen Selbstbehalt. Die Vorschrift enthält in Satz 4 einen Verweisfehler: es müsste „...nach den Sätzen 2 und 3 ...“ heißen.

94.5.7 Einsatz des Kindergeldes

§ 7 der Kostenbeitragsverordnung beschreibt die Umsetzung von § 94 Abs. 3 SGB VIII und die Heranziehung des Elternteils, der Kindergeld für den vollstationär untergebrachten jungen Menschen bezieht⁷³. Demnach wird von dem betreffenden Elternteil ein Kostenbeitrag in Höhe des Kindergeldes verlangt, unabhängig einer Heranziehung zum Kostenbeitrag aus Einkommen.

⁷² Siehe KVJS Rundschreiben Nr. Dez.4-04/2008 vom 19.03.2008

⁷³ Siehe Ziffer 94.6.1 Heranziehung des Elternteils bei Leistungen nach § 19 SGB VIII

94.6 Kostenbeitrag des jungen Menschen

94.6.1 Heranziehung aus Einkommen

Die Kostenbeiträge der betreuten jungen Menschen werden nach Maßgabe des § 93 Abs. 1 und 2 SGB VIII aus vorhandenem Einkommen ermittelt. Maßgeblich ist das durchschnittliche Monatseinkommen, welches im Bedarfszeitraum erzielt wird.

Nach der Auslegung des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) vom 27.09.2013 findet § 93 Abs. 4 SGB VIII auf die Kostenbeteiligung junger Menschen aus Einkommen nach § 94 Abs. 6 SGB VIII keine Anwendung. Der Gesetzgeber hat die Kostenbeteiligung junger Menschen aus Einkommen in § 94 Abs. 6 SGB VIII speziell geregelt und von einem Verweis auf § 93 Abs. 4 SGB VIII abgesehen⁷⁴.

Die Kostenbeitragsverordnung findet keine Anwendung.

Der junge Mensch erhält einen Freibetrag in Höhe von 25% und hat demnach 75% seines nach § 93 Abs. 2 SGB VIII bereinigten Einkommens einzusetzen. Der Gesetzgeber wollte mit dieser Regelung zum Ausdruck bringen⁷⁵, dass der junge Mensch aus dem ihm verbleibenden Einkommen seine berufsbedingten Aufwendungen nicht zu tragen hat. Berufsbedingte Aufwendungen sind lt. Auffassung des Gesetzgebers Bestandteil der Jugendhilfeleistung und vom Träger der öffentlichen Jugendhilfe zu übernehmen.

Fahrtkosten zur Ausbildungs- oder Arbeitsstätte sind in ihrer tatsächlichen Höhe vom Jugendhilfeträger als Zusatzbedarf des jungen Menschen anzuerkennen.⁷⁶

94.6.2 Absehen von der Kostenbeteiligung

Unter bestimmten Voraussetzungen liegt es im Ermessen des Jugendhilfeträgers, von der Heranziehung zu einem Kostenbeitrag ganz oder teilweise abzusehen. Dies gilt insbesondere dann, wenn der junge Mensch Einkommen aus einer Tätigkeit erzielt, die einem pädagogischen Zweck dient und die Eigenverantwortlichkeit und Selbstständigkeit des jungen Menschen gefördert wird.

94.6.3 Tätigkeiten im sozialen und kulturellen Bereich

Hierunter fallen insbesondere Tätigkeiten im sozialen oder kulturellen Bereich⁷⁷, z.B. Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen, die Teilnahme an einem freiwilliges Soziales Jahr, Mitgliedschaft in der freiwilligen Jugendwehrfeuerwehr oder im Jugendgemeinderat, Fußballtrainer für Kinder und Jugendliche etc.

94.6.4 Weitere Ausnahmen von der Kostenbeteiligung

Einkommen, das aus Ferien- oder Gelegenheitsjobs erzielt wird verbleibt dem jungen Menschen und wird nicht über den Einkommenseinsatz verlangt. Zuordnungskriterien dieser Jobs sind ihre zeitliche Befristung oder eine in unregelmäßigen Abständen ausgeübte Tätigkeit.

Bei einer Ausbildung oder Beschäftigung des jungen Menschen nach Ziffer 5.4.1 der Empfehlungen zu den Sonderaufwendungen im Rahmen des SGB VIII für vollstationäre Hilfen in Einrichtungen der Jugendhilfe. Findet eine Ausbildung oder Beschäftigung des

⁷⁴ Die Jugendamtsleiter/innen in Baden-Württemberg haben zugestimmt, der Auslegung des BMFSFJ zum Anwendungsbereich des § 93 Abs. 4 SGB VIII zu folgen (Jugendamtsleiter-Sprengelsitzungen vom 10.10.2013, 11.10.2013 und 24.10.2013).

⁷⁵ Siehe Gesetzesbegründung zu KiföG Artikel 1 Nr. 20

⁷⁶ Siehe KVJS-Rundschreiben Dez.4-30/2006 vom 08.01.2007

⁷⁷ Siehe Gesetzesbegründung zu Artikel 1 Nr. 10b) KJVVG

jungen Menschen innerhalb einer Einrichtung der Erziehungshilfe statt, so entsprechen die in dortiger Ziffer 5.3.1 aufgeführten Beträge einer zweckbestimmten Leistung im Sinne des § 93 Abs. 1 Satz 4 SGB VIII, sodass eine Heranziehung zu einem Kostenbeitrag aus diesen Beträgen unterbleibt.

94.6.5 Kostenbeteiligung bei Leistungen nach § 19 SGB VIII

Bei einer Mutter/Vater/Kind-Unterbringung sind die Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VIII sowohl als Elternteil (§ 92 Abs. 1 Nr. 5 SGB VIII) als auch als Leistungsberechtigte (§ 92 Abs. 1 Nr. 3 SGB VIII) heranzuziehen.

94.6.5.1 Heranziehung als Elternteil

Absehen von der Heranziehung

Das Absehen von der Heranziehung nach § 92 Abs. 4 Satz 2 SGB VIII findet auf eine Schwangere oder ein Kind betreuende/n Leistungsberechtigte/n selbst keine Anwendung. Diese Regelung bezieht sich ausschließlich auf die Elternteile der/des untergebrachten Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VIII. Dies können Schwangere, Mütter oder Väter eines Kindes sein.

Kindergeld als Kostenbeitrag

Nach § 91 Abs. 1 Satz 2 SGB VIII gilt die Betreuung von Müttern oder Vätern und Kindern in gemeinsamen Wohnformen nach § 19 als vollstationäre Leistung. Mit der gemeinsamen Unterbringung von Mutter/Vater und Kind/er (sei es in einer vollstationären Einrichtung oder im Betreuten Wohnen) endet das Zusammenleben von Mutter/Vater und Kind(er) im herkömmlichen Sinne, denn sie sind gleichermaßen außerhalb des ursprünglichen Elternhauses/Haushaltes untergebracht. § 94 Abs. 3 SGB VIII findet daher auch bei den Hilfen nach § 19 SGB VIII Anwendung, wonach ein Kostenbeitrag in Höhe des Kindergeldes zu leisten ist⁷⁸.

94.6.5.2 Heranziehung als Leistungsberechtigte

Verfügen Leistungsberechtigte außer dem Kindergeld für das mituntergebrachte Kind über weiteres Einkommen, werden sie aus diesem Einkommen nach § 94 Abs. 6 SGB VIII herangezogen.

Erhalten die Eltern von Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VIII weiterhin Kindergeld für ihre Tochter / ihren Sohn und leiten die Eltern dieses Kindergeld an ihre Tochter / ihren Sohn weiter bzw. treten es an die Leistungsberechtigten ab, handelt es sich bei dieser finanziellen Zuwendung um Einkommen der Leistungsberechtigten. Nach Abzug des o.g. pauschalen Freibetrages ist das verbleibende Einkommen in vollem Umfang einzusetzen.

Dies gilt auch, wenn Leistungsberechtigte nur über Einkommen in Höhe des an sie weitergeleiteten oder abgetretenen Kindergeldes verfügen.

⁷⁸ Siehe Ziffer 94.3

Dritter Abschnitt: Überleitung von Ansprüchen

§ 95 SGB VIII – Überleitung von Ansprüchen

95 Allgemeines

Diese Vorschrift ist die Ermächtigungsgrundlage für die Überleitung von Ansprüchen gegen Dritte. Die Entscheidung, ob ein Anspruch übergeleitet wird, liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Jugendhilfeträgers („Kann“-Vorschrift).

95.1 Anspruchsübergang

Es handelt sich um Ansprüche von Personen, die in § 92 Abs. 1 SGB VIII genannt werden und die Ansprüche gegenüber natürlichen oder juristischen Personen des öffentlichen oder privaten Rechts haben. Die Ansprüche können auf gesetzlichen Vorschriften oder Verträgen basieren, z.B.

- Schadenersatzansprüche
 - Ansprüche auf Versicherungsleistungen
 - Ansprüche gegenüber einem Arbeitgeber
 - Ansprüche gegenüber privaten Krankenversicherungsunternehmen,
 - Beihilfeansprüche
 - Versorgungsansprüche
- etc.

Der Übergang des Anspruchs erfolgt nicht kraft Gesetzes sondern durch schriftliche Anzeige nach § 95 Abs. 1 und 3 SGB VIII. Es handelt sich hierbei um einen Verwaltungsakt, d.h. die strengen Anforderungen der §§ 31 ff. SGB X sind zu beachten.

95.2 Voraussetzungen

Der Übergang darf nur insoweit bewirkt werden, als bei rechtzeitiger Leistung des anderen entweder Jugendhilfe nicht gewährt worden oder ein Kostenbeitrag zu leisten wäre. Der Übergang ist nicht dadurch ausgeschlossen, dass der Anspruch nicht übertragen, verpfändet oder gepfändet werden kann.

95.3 Zeitlicher Rahmen

Der Anspruchsübergang gilt für die Zeit einer ununterbrochenen Hilfestellung. Ein Zeitraum von mehr als zwei Monaten unterbricht die Hilfestellung.

95.4 Keine aufschiebende Wirkung

Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Überleitungsanzeige haben keine aufschiebende Wirkung.

Vierter Abschnitt: Ergänzende Vorschriften

§ 97 SGB VIII Feststellung der Sozialleistungen

97 Allgemeines

Diese gesetzliche Ermächtigung wird hauptsächlich dann bedeutsam, wenn der eigentliche (rechtliche) Inhaber des vorhandenen Anspruchs diesen selbst nicht durchsetzt oder nicht durchsetzen kann.

Der Jugendhilfeträger, der für den Anspruchsberechtigten tätig wird, kann alle erforderlichen Verfahrens- und Prozesshandlungen durchführen, d.h. er ist auch widerspruchs- und klagebefugt.

§ 97a SGB VIII – Pflicht zur Auskunft

97a Allgemeines

Diese Vorschrift regelt die Auskunftspflichten von

- kostenbeitragspflichtigen Personen,
- von Personen, denen die Sorge für das Vermögen des Kindes/des Jugendlichen zusteht und
- von Pflegepersonen.

97a.1 Auskunftspflicht

Folgende Personen sind verpflichtet über ihre Einkommensverhältnisse Auskunft zu geben:

- Eltern
- Ehegatten und Lebenspartner junger Menschen
- Leistungsberechtigte nach § 19 SGB VIII
- junge Volljährige und volljährige Leistungsberechtigte nach § 19 SGB VIII

Zur Auskunft über das Einkommen des Kindes/des Jugendlichen sind verpflichtet:

- Eltern oder andere Personen, denen die Vermögenssorge für das Kind oder für den Jugendlichen übertragen wurde.

Zusätzlich zur Auskunft über ihr Vermögen sind verpflichtet:

- junge Volljährige und volljährige Leistungsberechtigte nach § 19 SGB VIII

97a.2 Auskunftspflicht von Pflegepersonen

Pflegeeltern sind verpflichtet anzugeben, ob sie für ihr Pflegekind Kindergeld erhalten oder ein Kindergeldanspruch bestehen könnte und ob das Pflegekind ältestes Kind in der Pflegefamilie ist. Dies ist zur Umsetzung der Anrechnung des Kindergeldes nach § 39 Abs. 6 SGB VIII erforderlich.

Handelt es sich bei den Pflegepersonen um Großeltern des Pflegekindes, sind diese verpflichtet, über ihre Einkommens- und Vermögensverhältnisse Auskunft zu geben. Dies ist zur Prüfung einer möglichen Kürzung des monatlichen Pauschalbetrages nach § 39 Abs. 4 Satz 4 SGB VIII notwendig.

97a.3 Erweiterte Auskunftspflicht

Der Umfang der Auskunftspflicht der in § 97a Abs. 1 und 2 SGB VIII genannten Personen erstreckt sich auch auf Angaben zu

- Name und Anschrift des Arbeitgebers,
- Angabe des Beschäftigungsverhältnisses
- Vorlage von Beweisurkunden
- Zustimmung zur Vorlage von Beweisurkunden.

Baden-Württemberg hat von dem im Satz 2 genannten Landesrechtsvorbehalt keinen Gebrauch gemacht.

97a.4 Auskunftersuchen beim Arbeitgeber

Kommen die in § 97a Abs. 1 und 2 SGB VIII genannten Personen ihrer Auskunftspflicht in einer angemessenen Frist nicht nach und sind sie nach Fristablauf darauf hingewiesen worden, dass die erforderlichen Auskünfte beim Arbeitgeber eingeholt werden, ist der Arbeitgeber in die Pflicht zu nehmen. Er hat Auskunft über Art des Beschäftigungsverhältnisses und den Arbeitsverdienst zu geben.

97a.5 Auskunftsverweigerungsrecht

Unter welchen Voraussetzungen von dem Auskunftsverweigerungsrecht Gebrauch gemacht werden kann, beschreibt § 97a Abs. 5 SGB VIII. Hier ist auch geregelt, dass die Auskunftspflichtigen auf dieses Auskunftsverweigerungsrecht hinzuweisen sind. Auch das Auskunftersuchen stellt einen Verwaltungsakt dar, so dass ebenfalls die Bestimmungen aus den §§ 31 ff. SGB X zu beachten sind.

§ 97c SGB VIII – Erhebung von Gebühren und Auslagen

97c Allgemeines

Baden-Württemberg hat vom Landesrechtsvorbehalt keinen Gebrauch gemacht, so dass diese Vorschrift hier nicht zum Tragen kommt.

Anlagen 1 – 6

- Anlage 1: Kostenbeitragsverordnung – Stand 04.12.2013
- Anlage 2: Süddeutsche Leitlinien – Stand 01.01.2015
- Anlage 3: Düsseldorfer Tabelle – Stand 01.01.2015
- Anlage 4: Muster zur unterhaltsrechtlichen Vergleichsberechnung
- Anlage 5: Muster zur Ermittlung des Wohnwertes
- Anlage 6: Verjährung und Verwirkung von öffentlich-rechtlichen Forderungen